Bericht über NS-Prozeß in Kiel S. 7

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 49 vom 5. Dezember 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



600 im Ausstand. Bei der Peiner AG legten in der vergangenen Woche die Kollegen in einigen Abteilungen die Arbeit für eine halbe Stunde nieder. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die sture Haltung der Kapitalisten bei den Manteltarifverhandlungen in der metallverarbeitenden Industrie Niedersachsens. Es geht dabei unter anderem um Schichtzuschläge und Erholzeiten.

Die gleiche Regelung, für die jetzt die Metallarbeiter in Niedersachsen kämpfen, ist in anderen Bundesländern schon längst durchgesetzt worden. Daß gerade bei der Peiner AG ein Warnstreik durchgeführt wurde, ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß einer der Bosse des Konzerns für die Unternehmerseite an den Tarifverhandlungen beteiligt ist.

Massenprotest gegen ESTEL-Bosse und Deutsche Bank

70 000 forderten: Stahlwerk jetzt!

DORTMUND. — Unter der Parole „Stahlwerk jetzt! Arbeitsplätze sichern!" gingen am Freitag die Hoesch-Arbeiter und Tausende von Werktätigen Dortmunds auf die Straße. 70 000 Menschen beteiligten sich an den Demonstrationszügen und an der Großkundgebung. Es war eine der größten Protestaktionen, die Dortmund bis jetzt erlebt hat.

In den Hoesch-Betrieben legten die Arbeiter um die Mittagszeit die Arbeit nieder. Vor den Werkstoren der drei Hüttenwerke formierten sich mächtige Demonstrationszüge, die dann, aus drei verschiedenen Stadtteilen kommend, sternförmig in Richtung Stadtzentrum zogen.

Auch aus vielen Städtischen Betrieben schlossen sich Beschäftigte teilweise geschlossen den Stahlwerkern an. Verkaufspersonal aus Geschäften des Dortmunder Einkaufszentrums und Abordnungen aus anderen Betrieben beteiligten sich ebenfalls an der Kundgebung. In der Dortmunder Innenstadt brach teilweise der Verkehr zusammen.

Mit Sprechchören und zahllosen Transparenten und Plakaten brachten die Demonstranten ihre Forderungen und ihre Empörung über die menschenverachtende Haltung der ESTEL-Hoesch-Bosse und der Deutschen Bank zum Ausdruck. Auch viele rote Fahnen wurden mitgetragen.

Die Redner auf der Kundgebung lösten allerdings keine Begeisterung aus. Der Chef der SPD-Landesregierung Johannes Rau erwähnte die Hauptforderung der Demonstranten, den sofortigen Bau des Stahlwerks, überhaupt nicht mehr. Kämpferisch war nur die Rede einer Vertreterin der Fraueninitiativen. Trotzdem hat diese machtvolle Aktion dem Kampf für das Stahlwerk und gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Hoesch einen starken Auftrieb gegeben. (Kommentar auf Seite 2, großer Bildbericht auf Seite 4/5.)



70 000 Menschen versammelten sich in Dortmund auf dem „Neuen Markt"

Führung der Opposition ermordet

Massaker in El Salvador

SAN SALVADOR. — Bei einem neuen bestialischen Massaker in der salvadorianischen Hauptstadt ist in der vergangenen Woche nahezu die gesamte Führungsgruppe der Opposition ermordet worden.

Die führenden Vertreter der Demokratisch-Revolutionären Front, in der alle oppositionellen Organisationen des Landes vereinigt sind, hatten sich mit Presseleuten in einem Büro des Erzbischofs von San Salvador getroffen. Plötzlich drangen bewaffnete Einheiten in das Haus ein. Nach Zeugenaussagen trugen die Männer teilweise Kampfanzüge und Polizeiuniformen, einige waren in Zivil. Etwa dreißig Personen wurden von dem Kommando verschleppt, wenig später fand man die Leichen von sechs Führern der Front in den Straßen der Hauptstadt.

Am Wochenende wurde die Kathedrale von San Salvador von einer gewaltigen Bombenexplosion erschüttert und teilweise zerstört. Offenbar sollte eine zunächst angekündigte Trauerfeier für die sechs ermordeten Politiker in die Luft gejagt und damit ein unvorstellbares Blutbad angerichtet werden. Die Trauerfeier hatte jedoch nicht stattgefunden. Der Terror der Junta von El Salvador wird immer barbarischer und richtet sich nicht nur gegen die Antifaschisten. Wie Nachrichtenagenturen am Wochenende berichteten, tauchen zum Beispiel immer häufiger Soldaten oder andere bewaffnete Trupps in Schulen auf und erschießen wahllos Lehrer und Schüler.

Unterdessen haben — wie die „New York Times" am Samstag meldete — Berater des künftigen US-Präsidenten Reagan der faschistischen Junta neue umfangreiche Militärhilfe zugesagt (siehe auch Seite 11).

Aufruf

Heraus zur Demonstration gegen die faschistische türkische Junta!

Am 20. Dezember findet in Köln eine zentrale Demonstration zahlreicher Organisationen aus der Türkei gegen die faschistische Diktatur der Evren-Junta statt. Der „Rote Morgen" ruft alle seine Leser auf, sich daran zu beteiligen!

Urabstimmung bei der Post

Knapp die Häfte verweigerte Zustimmung

FRANKFURT. — In der Urabstimmung über den faulen Kompromiß, den die Führung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) nach fünftägigem Streik für einen Freizeitausgleich bei Schichtarbeit eingegangen ist, stimmte nur eine knappe Mehrheit für Annahme. Bei der ersten Urabstimmung hatten sich 92,5 Prozent der Kollegen für Streik ausgesprochen.

Nur 51,28 Prozent stimmte für den Schandabschluß. Bei diesem Ergebnis muß allerdings noch berücksichtigt werden, daß erfahrungsgemäß in solchen Situationen die Ergebnisse in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich sind, vor allem dann, wenn nur Teile der Kollegen in den Streik mit einbezogen waren. Und das letztere war ja auch beim Post-Streik der Fall. Zuletzt waren circa 30000 Kollegen von der Gewerkschaftsführung in den Streik gerufen worden. 130000 Arbeiter und Angestellte der Bundespost sind hingegen in der DPG organisiert.

Auch beim Stahlarbeiterstreik 1978/79 stimmte in allen jenen Betrieben die Mehrheit gegen das Ergebnis, die in den Schwerpunktstreik mit einbezogen waren. Es ist anzunehmen, daß es sich beim Post-Streik ähnlich verhält. Bei Redaktionsschluß lagen uns jedoch nur vereinzelte Einzelergebnisse vor. So zum Beispiel aus Tübingen: Dort lehnten 84 Prozent derer, die sich an der zweiten Urabstimmung beteiligten, das Ergebnis ab. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,5 Prozent.



Ihr Kampf wurde verraten: Streikposten der DPG in Stuttgart

Kommentar der Woche

70000 Menschen demonstrierten in Dortmund gegen die Willkür der ESTEL-Hoesch-Bosse und der Deutschen Bank. Sie folgten dem Aufruf der IG Metall, weil sie nicht hinnehmen wollen, daß Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet, daß eine ganze Region der sozialen Verelendung preisgegeben wird, nur damit der Profit einiger Bank- und Konzernherren stimmt.

Lange Zeit haben die Hoesch-Arbeiter stillgehalten. Die IGM-Bonzen und Betriebsratsspitzen stimmten dem Abbau Tausender von Arbeitsplätzen bei Hoesch zu und redeten den Belegschaften ein, dies seien „notwendige Vorleistungen", denn das Unternehmen müsse rationalisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Das Signal von Dortmund

„Das Interesse des Kapitals ist auch das Interesse der Arbeiter". Auf diesen Nenner läßt sich die Ideologie bringen, die die Gewerkschaftsbonzen massiv unter den Arbeitern verbreiten. Aber mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise wird der Einfluß dieser Ideologie unter den Arbeitermassen geschwächt. **Die brutalen Angriffe des Kapitals, die menschenverachtende Logik des Profitstrebens macht ihnen bewußt, daß sie für ihre Interessen kämpfen müssen.**

Das hat in Dortmund zu dieser großen Protestaktion geführt, die den Beginn einer neuen Stufe des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung markiert. Noch glauben die Gewerkschaftsbonzen in anderen Fällen (etwa bei Opel/Rüsselsheim) die Forderung der Basis nach der Organisierung von Massenaktionen ignorieren zu können. In Dortmund aber war die Empörung über die Willkür der Konzernherren bereits zu groß. **Der Druck der kämpferischen Kräfte war so stark, daß die Gewerkschaftsbonzen handeln mußten.** Nicht zuletzt die KPD und die RGO haben durch ihre Agitation und durch ihre Arbeit im Betrieb dazu beigetragen.

Mit der Massendemonstration vom vergangenen Freitag ist der Kampf für das neue Stahlwerk, gegen die Vernichtung der Stahlbasis jedoch noch längst nicht gewonnen. So schnell lassen großkapitalistische Kräfte, läßt die Deutsche Bank sich nicht dazu zwingen, eine Stahlproduktion aufrechtzuerhalten, die zwar für Dortmund und das östliche Ruhrgebiet notwendig ist, an der sie jedoch kein Interesse mehr hat, weil das keine lohnende Kapitalanlage mehr ist.

Der Kampf ist nur zu gewinnen, wenn die Arbeiter noch ganz andere Geschütze auffahren, wenn sie zum Gegenangriff übergehen. Dazu gehört in erster Linie der Kampf im Betrieb. Die Stahlkocher müssen streiken, sonst können sie die Herren von ESTEL und Deutscher Bank nicht in die Knie zwingen.

Würden die Hoesch-Arbeiter die Hütte stillstehen lassen, würden sie den Betrieb besetzen und erklären: hier läuft nichts mehr, bis unsere Forderungen erfüllt sind und das Stahlwerk gebaut wird, dann wäre dies ein Signal für all die Belegschaften, die ebenfalls mit Entlassungsfeldzügen konfrontiert sind. Nicht nur die ESTEL-Bosse würden da weiche Knie bekommen. Das würde den Mächtigen in Konzernen und Banken und den Herren in Bonn gewaltig in die Glieder fahren!

Diejenigen, die sich bei der Großkundgebung auf dem „Neuen Markt" als Vertreter der 70000 Demonstranten aufgespielt haben, werden allerdings alles tun, um einen solchen konsequenten Kampf zu verhindern. Nicht nur ein Rau, Farthmann oder Samtlebe, auch ein Dieterichs oder Schrade fürchtet die revolutionäre Aktion der Arbeiter wie der Teufel das Weihwasser. Deshalb läuft das nur unabhängig von den IGM-Bonzen, nur von unten her.

Eine sehr schwierige Aufgabe, zweifellos. Aber lösbar, wenn alle kämpferischen Kollegen, alle ehrlichen Gewerkschafter gemeinsam und solidarisch anpacken. Und welche Alternative gibt es sonst? Bis 1985 droht uns nach bürgerlichen Prognosen bereits ein Anwachsen des Arbeitslosenheeres auf mehrere Millionen! Wenn jetzt nicht die Kollegen von Hoesch nach vorne gehn, wer wird es dann tun? Die Demonstration vom Freitag ist eine gute Ausgangsposition. Wenn die Stahlkocher kämpfen, ist ihnen die Solidarität Zehntausender in Dortmund gewiß!

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

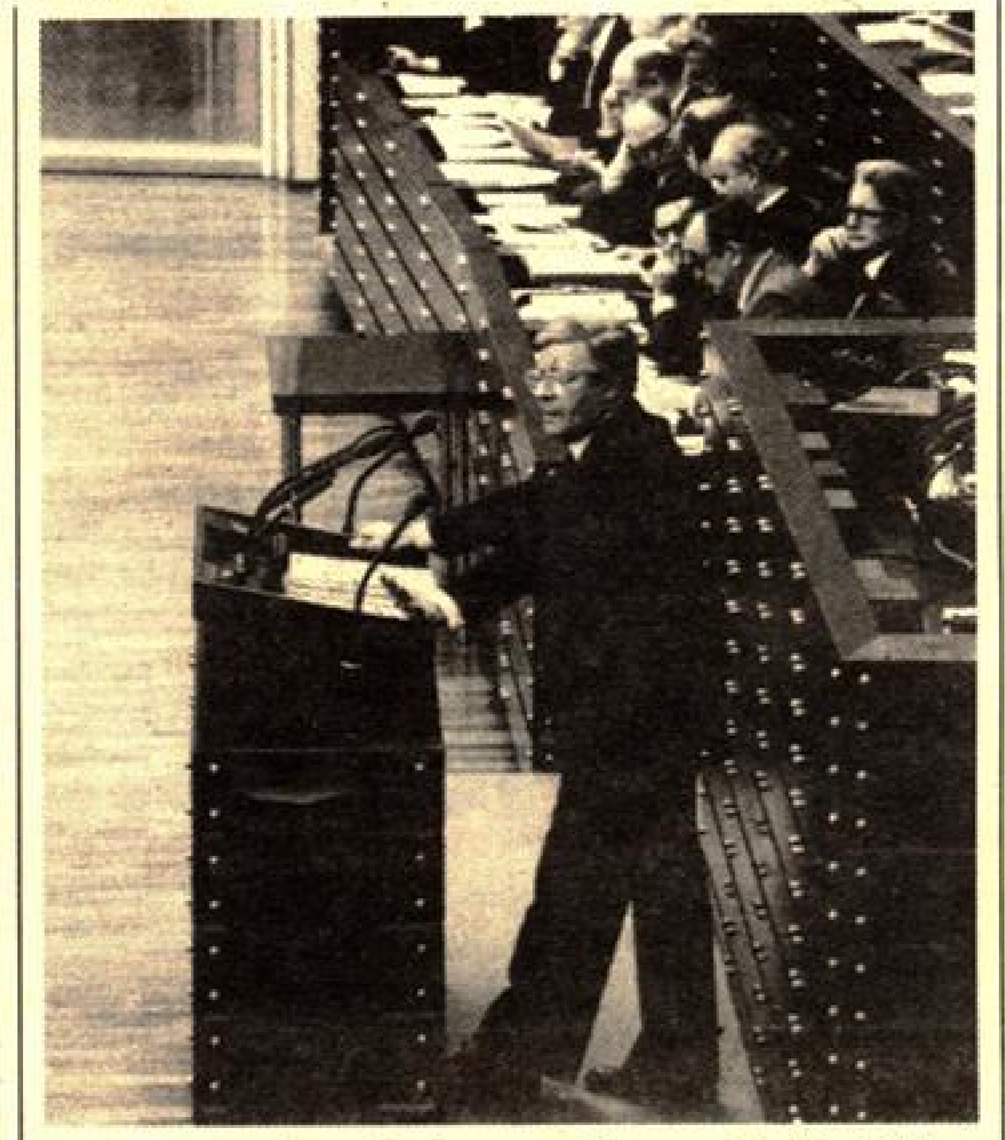
Schmidts Regierungserklärung

Die Werktätigen sollen den „Gürtel enger schnallen"

BONN.— „Mut zur Zukunft" — unter dieses Motto stellte Kanzler Schmidt seine Regierungserklärung. Für diejenigen aber, die mit ihrer Stimme seiner Partei bei den Bundestagswahlen zum Sieg verholfen hatten, hielt Schmidt alles andere als rosige Zukunftsaussichten bereit. Seine Erklärung enthielt nicht einmal mehr einen Hauch der Reformversprechen früherer sozialdemokratischer Regierungen. Sie war nur eine — mit allgemeinen Phrasen mühsam ummäntelte — Aneinanderreihung der bekannten Ergebnisse aus den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP.

Zum Angelpunkt seiner Ausführungen machte der Kanzler die gegenwärtige Vertiefung der kapitalistischen Krise. Auf deren Ursachen jedoch ging er nicht ein. Wiederholt nannte er als angeblich einzigen Grund für diese Krise die Ölpreisexplosion. Und auch da verschwieg er noch diskret die wirklichen Preistreiber, die internationalen Ölmultis nämlich. Und so entwickelte er als Gegenstrategie seiner Regierung auch nicht wirksame Maßnahmen gegen die Multis, sondern tischte die bekannte Losung vom „Energiesparen" auf.

In diesem Zusammenhang wurde dann wieder einmal der verstärkte Ausbau der Produktion von Atomenergie angekündigt. Zum anderen versprechen sich Schmidt und seine Minister den größten Spareffekt offensichtlich davon, daß sie das Autofahren so teuer machen, daß es für normale Werktätige kaum noch erschwinglich ist. Schmidt bekräftigte nicht nur das Regierungsvorhaben einer drastischen Erhöhung der Mineralölsteuer. Er machte auch klar, daß er weiterhin an der Umwälzung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer festhält.



Schmidt bei seiner Regierungserklärung: Die Werktätigen sollen neue Opfer bringen, die Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer werden mit Milliarden subventioniert. Der Rüstungshaushalt wird um real drei Prozent erhöht — so wie Washington es wünscht.

Eine der provokativsten Phrasen in der Regierungserklärung des Kanzlers war zweifellos sein Bekenntnis zum „Grundsatz der Vollbeschäftigung" als einem angeblich vorrangigen Ziel der neuen Bundesregierung. Das sagte Schmidt angesichts der Prognosen von bürgerlichen Wirtschaftsinstituten, die schon für die nächste Zeit ein erneutes Überschreiten der Millionengrenze von Arbeitslosen voraussagen. Und außer seinem heuchlerischen Bekenntnis hatte der Kanzler nicht einen einzigen Vorschlag anzubieten, wie denn eine solche Entwicklung gestoppt oder die Arbeitslosenquote gar wieder gesenkt werden könnte. Stattdessen ließ er sich über einen „notwendigen Strukturwandel und Modernisierung der Wirtschaft" aus, was ja nichts anderes ist, als eine Einverständniserklärung der Bundesregierung mit künftigen neuen Rationalisierungsfeldzügen der Kapitalisten. Und diesen Prozeß, so versprach der Kanzler, wird die Bonner Regierung auch künftig kräftig subventionieren.

Allgemein gehaltene Sprüche prägten auch die Aussagen Schmidts zur Sozial- und Bildungspolitik. Etwa, wenn er in Aussicht stellte, die Bundesregierung wolle in bezug auf Bildung und Ausbildung „einen besonderen Schwerpunkt setzen." Bekanntlich sieht ja dies r Schwerpunkt — wie in den Koalitionsverhandlungen vereinbart wurde — so aus, daß gerade in diesem Bereich kräftig der Rotstift angesetzt wurde. Und zusammengestrichen wurden ja auch die Ausgaben für andere soziale Bereiche, von den Renten bis zu den Mieten (der RM berichtete wiederholt darüber).

Während Schmidt seine Erklärung noch mit unverbindlichen Phrasen etwas aufzuputzen versuchte, nahm Wirtschaftsminister Lambsdorff in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung kein Blatt vor den Mund. Mit beispiellosem Zynismus erklärte er: „Die Zeiten, in denen man immer weniger arbeiten und gleichzeitig immer mehr verdienen konnte, sind für eine Weile vorbei." Und konsequent brachte der Graf das Programm der neuen Bundesregierung für die Werktätigen auf einen altbekannten Begriff: „Ist es denn so schlimm, wenn man den Gürtel ein Loch enger schnallen muß?"

In einem Bereich allerdings ist vom Engerschnallen des Gürtels nicht die Rede. Das sind die Rüstungsausgaben. Schmidt bekräftigte in seiner Regierungserklärung noch einmal sein gegenüber Washington abgegebenes Versprechen, den Rüstungshaushalt um real drei Prozent aufzustocken. Darüber hinaus legte er nicht nur das allgemein übliche Treuebekenntnis zur NATO und zur amerikanischen Supermacht ab. Er berichtete über seine jüngste Begegnung mit dem Scharfmacher Reagan und bekundete ausdrücklich, daß dessen Vorstellungen „in die gleiche Richtung" weisen würden wie die der Bundesregierung. Ein deutliches Bekenntnis dafür, daß Bonn auch jetzt, wo der gefährliche Abenteurer Reagan in Washington die Zügel in die Hand nehmen wird, den amerikanischen Kriegstreibern weiter auf Gedeih und Verderb folgen wird.

Seine Pläne wirken weiter

BKA-Chef Herold tritt ab

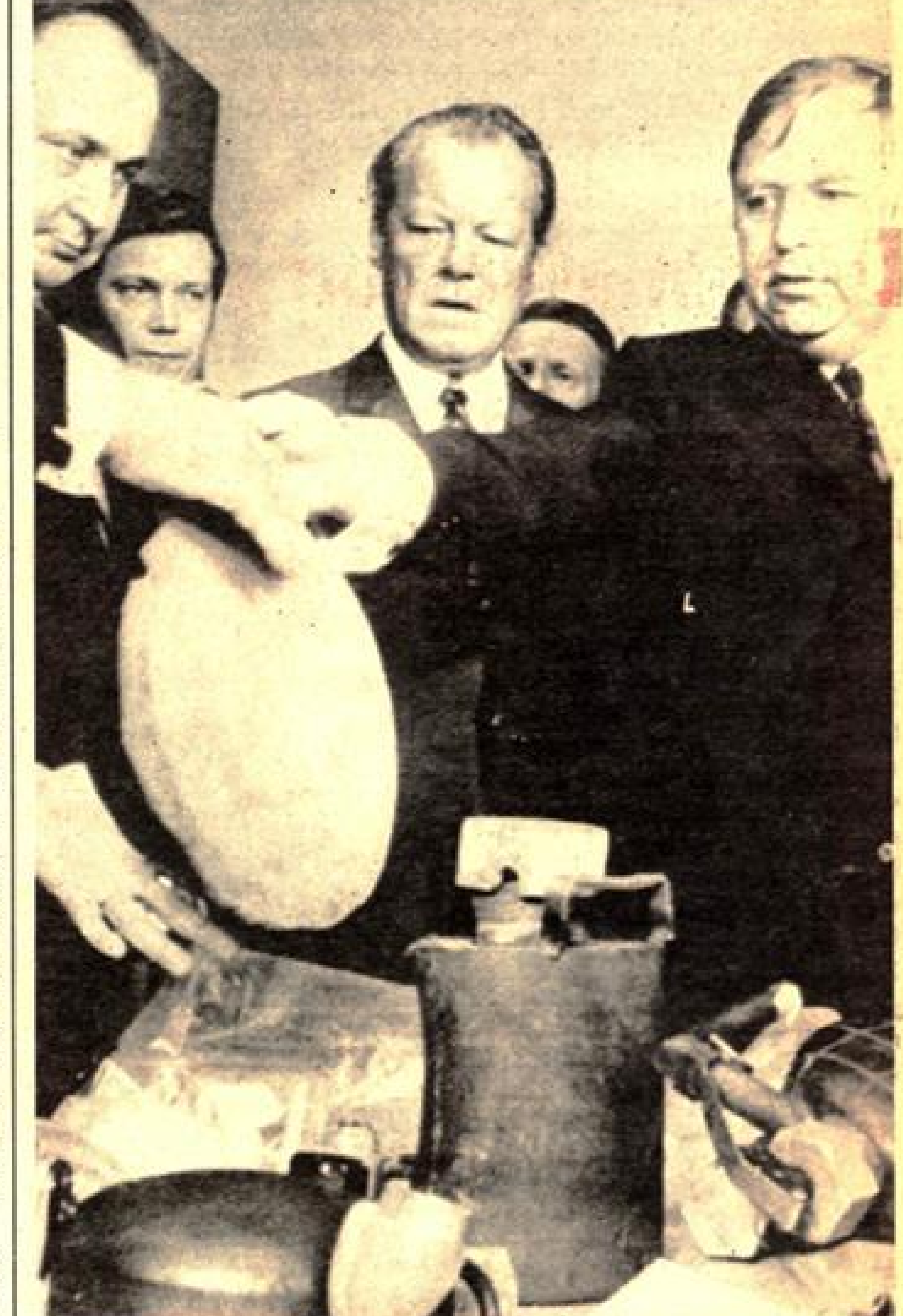
Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, will zurücktreten. Er ersuchte seinen Dienstherrn, Innenminister Baum, ihn zum 31. März 1981 vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen.

Wie in solchen Fällen üblich sind gesundheitliche Gründe das offizielle Argument für diesen Schritt. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß er zu einer Zeit erfolgte, in der Herold wegen seiner offen geäußerten Forderung nach dem totalen Polizei- und Überwachungsstaat von der demokratischen Öffentlichkeit scharf angegriffen wird.

Wer allerdings hofft, mit dem bevorstehenden Rücktritt Herolds werde sich an der Gefährlichkeit des BKA etwas ändern oder wer gar ein anderes Polizeikonzept erwartet, unterliegt einem gefährlichen Irrtum. Schließlich tragen die Bonner Politiker trotz aller distanzierten Äußerungen gegenüber der Offenheit Herolds die politische Verantwortung für den Aufbau der Computerzentrale in Wiesbaden, in der bald fünf Millionen Bundesbürger mit allen persönlichen Daten erfaßt sein sollen. Und die jüngste BKA-Tagung vom 12. bis 14. November (siehe „Roter Morgen" 48/80) machte deutlich, daß Herolds Pläne die Richtlinie der künftigen Arbeit des BKA darstellen, ob er noch an seiner Spitze steht oder nicht.

Die äußerste Rechte in unserem Land nutzt derweil die Ankündigung Herolds zu einem reaktionären Vorstoß. Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann, erklärte in einem von der „BILD"-Zeitung veröffentlichten Interview, die „gesundheitlichen Gründe" seien nur vorgeschützt. Die wahre Ursache für Herolds Rücktritt sei seine „maßlose Enttäuschung" über Baum, der ihn in allen wichtigen Fragen im Stich gelassen oder zu spät unterrichtet habe. **Dieser Vorstoß richtet sich nur scheinbar gegen Baum. Er zielt auf die verstärkte Unterdrückung jeder Kritik an den staatlich organisierten faschistischen Tendenzen in der Bundesrepublik.**

Eine offizielle Stllungnahme zur Person des Herold-Nachfolgers lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Im Gespräch ist offenbar unter anderem der niedersächsische SPD-Politiker Waldemar Burkhard, dortiger Landeskriminalamtschef und „Spezialist für Terrorismus-Bekämpfung". Aber wer es auch sei, er wird den reaktionären Kurs Herolds fortsetzen. **Der Kampf gegen den Überwachungsstaat bleibt eine dringende Notwendigkeit!**



Beginn einer Karriere. BKA-Chef Herold (rechts) führt dem damaligen Bundeskanzler Brandt und Außenminister Genscher die Wirkung einer Bombe vor.

12. ordentlicher Kongreß der IG Bergbau und Energie

Sozialpartnerschaftskurs nicht in Frage gestellt

Nur vereinzelt fortschrittliche Beschlüsse

AACHEN.— Vom 24. bis 28. November fand in Aachen der 12. ordentliche Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie statt. Im Gegensatz zu den anderen zehn Gewerkschaftstagen, die in diesem Jahr stattgefunden haben, gingen auf dem Kongreß der IGBE von seiten der Delegierten keine oppositionellen Initiativen aus. Der extrem reaktionäre, sozialpartnerschaftliche Kurs von Adolf Schmidt und Konsorten wurde nicht in Frage gestellt.

Der IGBE-Kongreß fällt, verglichen mit den Gewerkschaftstagen aller anderen Einzelgewerkschaften des DGB, aus dem Rahmen. Gewerkschaftspolitische Debatten und Auseinandersetzungen wurden nicht geführt, weder im Zusammenhang mit den Geschäftsberichten des Vorstandes, noch bei der Verabschiedung der Anträge und Entschließungen. Zeitdruck kennt man auf IGBE-Kongressen nicht — im Gegenteil.

Kritik an der Arbeit und dem Kurs des Vorstands scheint verpönt zu sein. Fast alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die Vorstandswahlen zeichneten sich dadurch aus, daß die ohne Alternative zur Wahl stehenden Kandidaten, insbesondere der erneut als Vorsitzende bestätigte Adolf Schmidt, meistenteils mit fast allen Delegiertenstimmen gewählt wurden. Adolf Schmidt erhielt in Aachen die Stimmen von 293 Delegierten. 299 Stimmen waren möglich.

Diese scheinbare Einmütigkeit ist jedoch hohl und falsch. Denn keine Gewerkschaftsführung ist so offen unternehmerfreundlich, genießt so viel Zuneigung bei den Herren von Finanz und Industrie und steht mit der Bonner Regierung auf so intimem Fuß wie die Adolf Schmidt, Hans Alker und Konsorten.

Die IGBE-Führung hat beispielsweise das skrupellose Zechenvernichtungsprogramm, dem große Teile des bundesdeutschen Steinkohlebergbaus und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in den letzten 20 Jahren zum Opfer gefallen sind, immer unterstützt, anstatt die Interessen der Kollegen zu verteidigen. Sie praktiziert die Politik der Sozialpartnerschaft, die überall an der Gewerkschaftsbasis, auch in der IGBE, auf zunehmenden Widerstand stößt, in besonders unverhüllter und extremer Form.

Es ist die stramm antikommunistische Ausrichtung im Funktionärskörper der IGBE und die Unterdrückung jeder demokratischen Willensbildung in der Organisation, aus der sich der scheinbar perfekte und reibungslose — in Wahrheit leblose — Ablauf von IGBE-Kongressen erklärt. Daraus erklärt es sich auch, daß berechtigte Forderungen der Kollegen von dem Kongreß einfach abgeschmettert werden.

So zum Beispiel die Forderung der Bergarbeiter und ihrer Familien, die IG Bergbau solle sich gegen die Privatisierung von Bergarbeitersiedlungen und die damit verbundenen brutalen Sanierungsmaßnahmen und Mieterhöhungen wenden. In Aachen demonstrierten sogar IGBE-Kollegen vor dem Kongreßgebäude für diese Forderung. Vergeblich! Ein entsprechender Antrag wurde von der Delegiertenmehrheit abgelehnt.

Ist es da ein Wunder, daß sich auf dem Aachener Kongreß die politische Prominenz, Vertreter von Bundes- und Landesregierungen, so zahlreich wie auf keinem anderen Gewerkschaftstag ein Stelldichein gaben, daß es vor dem Kongreßgebäude vor Staatskarossen nur so blitzte?

Trotz alledem aber blieb der Mitgliederwille und die erstarkte klassenkämpferische Opposition in den Gewerkschaften auch auf diesem Kongreß nicht ohne Auswirkungen. Es wurden einige wichtige klassenkämpferische Forderungen verabschiedet. Hier sei vor allem ein Antrag genannt, der **das gesetzliche Verbot der Aussperrung** fordert. Ferner ein Antrag, der **das Verbot der Grauen Wölfe** fordert.

Auf tarifpolitischem Gebiet ist positiv zu verzeichnen die Forderung nach **Herabsetzung des Rentenalters: für Schichtarbeiter und Unter-Tage-Beschäftigte auf 55 Jahre und für die übrigen Beschäftigten auf 60 Jahre.** Was die Lohnpolitik betrifft, so blieb der Hauptvorstand von Kritik verschont, obwohl seine verräterische Haltung entscheidend dazu beigetragen hat, daß der Bergmann in den vergangenen Jahren insgesamt stärkere Reallohneinbußen hinnehmen mußte, als die Arbeiter in den meisten anderen Branchen.

Jedoch forderten die Delegierten eine Tarifpolitik, die den Kumpel „wieder an die Spitze der Lohnskala bringt" und die eine „echte Vermögensumverteilung zugunsten der Arbeitnehmer" anstrebt. **In diesen Forderungen drückt sich zweifellos die Unzufriedenheit der Mitgliederbasis mit den niedrigen Lohnabschlüssen aus, die Adolf Schmidt und Konsorten dem Bergmann aufs Auge gedrückt haben.**



Demonstration von Bergarbeitern und Mietern vor dem Kongreßgebäude in Aachen. Aber ihr berechtigtes Anliegen, daß der Gewerkschaftstag sich gegen die Privatisierung von Arbeitersiedlungen aussprechen soll, wurde vom Tisch gewischt.

Sag mir, wer deine Freunde sind . . .

Sag mir wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist. So lautet eine alte Volksweisheit. Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, zählt insbesondere Vertreter des Unternehmerlagers zu seinen Freunden. So ließ etwa das bekannte Kapitalistenblatt „Handelsblatt" in seiner Ausgabe vom 24. November in einem Kommentar zum 12. IG-Bergbau-Kongreß einen wahren Lobgesang auf Adolf Schmidt vom Stapel:

„Auch in den schwärzesten Tagen der Krise im deutschen Steinkohlebergbau hat man Adolf Schmidt, als Nachfolger von Walter Ahrend seit 1969 erster Mann der IG Bergbau und Energie, nicht verzagt gesehen. Er vermittelte stets den Eindruck von Nüchternheit und Gelassenheit, von richtiger Einschätzung der jeweiligen energie- und wirtschaftspolitischen Lage und damit auch der Möglichkeiten, gewerkschaftliche Forderungen durchsetzen zu können. (...)

Ohne daß davon in der Öffentlichkeit großes Aufheben gemacht wird, ist es eine Tatsache, daß die IG Bergbau und Energie durch ihren Vorsitzenden, der seit 1972 auch SPD-Bundestagsabgeordneter ist, ein bedeutendes wirtschaftspolitisches Gewicht in Bonn hat.

Sicherlich darf man Adolf Schmidt folgen, wenn er am Vorabend des Gewerkschaftskongresses in Aachen behauptet, daß es in der Diskussion mit den 300 Delegierten keine ‚Rechts-Links-Probleme' geben wird. Mit Recht wird die IG Bergbau und wird auch ihr Vorsitzender zu dem eher konservativen Lager im DGB gezählt."

Gewerkschaftskommentar

Von 299 Delegierten verweigerten auf dem Kongreß der IG Bergbau und Energie ganze sechs dem 1. Vorsitzenden Adolf Schmidt ihre Stimme zur Wiederwahl. So wurde der IGBE-Boss mit 98 Prozent der möglichen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Selbst für DGB-Verhältnisse ist dies einsamer Rekord, obwohl es auch in den anderen DGB-Gewerkschaften üblich ist, bei der Wahl des 1. Vorsitzenden auf die Nominierung eines (oder gar mehrerer) Gegenkandidaten diskret zu verzichten.

Der Kongreß schweigt

Der wiedergewählte IGBE-Boss scheut sich nicht, dieses „Traumergebnis" als demokratisches Votum, als Ausdruck des Mitgliederwillens zu verkaufen. Motto: Die IGBE-Basis will halt ihren Adolf und sonst keinen...

Allerdings ist das „Demokratieverständnis" des Adolf Schmidt ein — na, sagen wir mal — recht eigenwilliges. Das soll nicht heißen, daß wir in dieser Hinsicht einen Vergleich zwischen Adolf Schmidt und seinem unseligen Vornamens-Vetter glorreicher deutscher Zeiten anstellen wollen.

Dies wäre gewiß unangebracht und übertrieben. Zwar heißt es im Volksmund: „nomen est omen!" Aber wo kämen wir denn hin, wenn jeder wackere Mann irgendwelche Hintergedanken auslösen würde, nur weil er zufällig auch Adolf heißt!

Und doch wollen wir nicht verhehlen, daß gewisse Verhältnisse in der IGBE in unseren (zugegebenermaßen zum Radikalismus neigenden) Köpfen bisweilen Gedankensprünge in oben angedeuteter Richtung provozieren. So etwa der bemerkenswerte Umstand, daß die Kongresse der IGBE seit dem Amtsantritt des Adolf Schmidt im Jahr 1969 fast immer ohne nennenswerte Meinungsverschiedenheiten über die Bühne gehen, ohne jede Kritik an der Führung und ihrem Kurs. IGBE-Kongresse haben schon des öfteren dadurch Aufsehen erregt, daß mangels Debatten die Zeit nicht ausgefüllt werden konnte. Und so war es auch dieses Mal, auf dem Aachener Kongreß, wieder.

Es ist natürlich peinlich, wenn man da so tagt und nicht weiß, wie man den lieben langen Tag hinter sich bringen soll. Es sei deshalb erlaubt, daß wir an dieser Stelle einen konstruktiven Vorschlag zu sinnvoller Gestaltung von IGBE-Kongressen unterbreiten. Wie wäre es mit einem geschlossenen Besuch eines Bundesligaspiels? Oder vielleicht noch besser: Der ganze Kongreß entspannt sich zwischendurch mit dem beliebten Gesellschaftsspiel „Was bin ich? — heiteres Beruferaten": Adolf Schmidt macht eine typische Bewegung mit dem rechten Arm und jeder Delegierte darf einmal raten. Dies hätte nebenbei noch den Vorteil, daß am Schluß jeder Delegierte sagen kann: Auch ich habe einmal das Maul aufgemacht...

Verführe man so, dann wäre so was zum Beispiel nicht nötig, wie jetzt in Aachen, daß die Vorstandswahlen zeitlich vorgezogen werden mußten, weil nach den Geschäftsberichten so gut wie keine Diskussion aufkommen wollte. Zwar meldeten sich von den 300 Delegierten 14 zu Wort, jedoch offensichtlich nicht, um zu debattieren, sondern nur, weil es einen merkwürdigen Eindruck gemacht hätte, wenn sich überhaupt niemand gemeldet hätte.

Ein einziger dieser 14 Vorwitzigen übte sogar eine, wenn auch schüchterne Kritik: in den Geschäftsberichten sei die Frage der Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum — immerhin eine Grundsatzforderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes — gar nicht angesprochen worden, monierte der Kollege in einem Anfall von Kühnheit. „Ich war verpflichtet, hier in die Bütt zu gehen. Es gehört bei dieser absoluten Perfektion schon bald Mut dazu" bekannte er am Ende seines Beitrages.

Aber Adolf Schmidt riß ihm nicht den Kopf ab. Der große Vorsitzende entgegnete vielmehr allergnädigst: „Er hat jedenfalls Mut gehabt und das ist schon sehr beachtlich".

Was soll man dazu noch sagen? Daß der Mann in der Bütt unter dem „richtigen Adolf" womöglich auf der Stelle abgeführt worden wäre? Eins jedenfalls steht fest: Da muß mal roter Pfeffer dran!

Hanfried Brenner

„Rettet Rüsselsheim!"

Demonstration gegen Massenentlassungen

Arbeiterkorrespondenz aus Rüsselsheim

Am Samstag, den 29. November, demonstrierte auf den Aufruf des Komitees „Rettet Rüsselsheim" eine Gruppe von ca. 120 Kolleginnen und Kollegen in Rüsselsheim gegen die drohenden Massenentlassungen bei Opel/Rüsselsheim.

Unter anderem wurden folgende Parolen gerufen:

„Solidarität mit den Opel-Kollegen — Rettet Rüsselsheim", „Eins, zwei drei vier: Wir von Opel bleiben hier; fünf, sechs, sieben acht: Opel wird nicht dicht gemacht!", „Rüsselsheim als Geisterstadt, das haben wir jetzt schon satt!", „Haut die GM-Bosse kräftig auf die Flossen!", „Einheit macht stark — IG Metall", „Heute heuern, morgen feuern — keine amerikanischen Methoden!"

Nachdem die ersten Entlassungszahlen Anfang dieses Jahres bekanntgeworden waren, haben seither schon 7 000 Kollegen das Werk verlassen. So darf es nicht weitergehen!

Es liegen Beschlüsse der Vertreterversammlung Darmstadt der IG Metall und der Vertrauensleute-Vollversammlung Opel vor, die zu Kampfaktionen der Opel-Belegschaften aufrufen.

Aber seit etwa einem halben Jahr haben bestimmte Funktionäre der IG Metall es verstanden, das Thema Opel auf Eis zu legen.

Diese Funktionäre, vor allem der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers Gerhard Wink, haben einen Boykott dieser Demonstration vom vergangenen Samstag, die im wesentlichen von IG Metallern und anderen aktiven Gewerkschaftern getragen war, durchgesetzt. Aber allein die Durchführung der Demonstration hat innergewerkschaftlich zu erheblicher Unruhe und zu heftigen Diskussionen geführt.

Daß auch der Geschäftsleitung die Demonstration schwer im Magen lag, zeigt ein Interview und eine Pressemitteilung der Geschäftsleitung, die passend zum Tage der Demonstration in der Lokalzeitung veröffentlicht wurden.



Von den IGM-Bonzen boykottiert: Demonstration in Rüsselsheim gegen die Massenentlassungen bei Opel.

Darin wird dem RGO-Kollegen und Opel-Betriebsrats-Mitglied Atilla Özgüç, der den Aufruf zur Demonstration unterstützt hatte, „böswillige Verunsicherung der Opel-Belegschaft" vorgeworfen. Die Zahl von 10 000 Entlassungen wurde rundweg abgestritten, obwohl mittlerweile schon 7000 Kollegen aus dem Werk verschwunden sind und obwohl im gleichen Atemzug gesagt wird, daß Kurzarbeit auch im nächsten Jahr „nicht auszuschließen" sei, und daß es für die gegenwärtig noch 36 000 Arbeitsplätze bei Opel/Rüsselsheim „keine absolute Garantie" gäbe. Es sei nötig, „den Ausstoß an Autos dem Markt anzupassen".

Die Demonstration von Samstag, den 29. November stieß bei sehr vielen Zuschauern auf lebhaftes Interesse. Sie wurde von einem Team des Hessischen Fernsehens in der Sendung „Hessen-Rundschau" und von einem türkischen Hörfunk-Team aus dem türkischen Gastarbeiterrundfunk übertragen.

Machtvoller Protest gegen Arbeitsplatzvernichtung

70 000 FORDERTEN:

Dortmund, die traditionsreiche Stahl- und Bergarbeiterstadt, hat schon große Kämpfe der Arbeiter erlebt. Der erste große Streik in Dortmund liegt weit über 100 Jahre zurück: Es streikten damals die Stahl- und Bergarbeiter. Das war im Jahre 1856. Damals ging die Initiative von den Stahlarbeitern der Herrmannshütte in Hörde aus, dem heutigen Werk Phoenix der Hoesch-Werke. An diese Tradition müssen die Kollegen in Dortmund heute anknüpfen, wenn sie die Vernichtung der Stahlbasis und damit von Zigtausenden von Arbeitsplätzen verhindern wollen. Und ein erster Schritt dahin war die machtvolle Protestaktion vom vergangenen Freitag.

70 000 Menschen, Stahlwerker von Hoesch und Beschäftigte aus vielen anderen Betrieben Dortmunds, Arbeiter und Angestellte, Beamte, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten, jung und alt ging trotz des naßkalten Hundewetters auf die Straße. Die IG Metall hatte aufgerufen. Im Mittelpunkt stand die Parole **„Stahlwerk jetzt, Arbeitsplätze sichern!"** Es war eine der größten Demonstrationen, die in Dortmund jemals stattgefunden hat.

Ausgangspunkt waren die drei Hoesch-Hüttenwerke, die in drei verschiedenen Stadtteilen liegen. Zur Mittagsstunde legten die Stahlkocher die Arbeit nieder und formierten sich zu mächtigen Marschsäulen, die sich dann, unter einem Meer von Transparenten in Richtung Stadtmitte bewegten. Viele rote und schwarze Fahnen wurden mitgetragen.

Zwar stand nicht ganz Dortmund still, wie es der IGM-Bevollmächtigte Dieterich großmäulig angekündigt hatte, obwohl er alles unterließ, um durch gewerkschaftliche Mobilisierung daraus Wirklichkeit werden zu lassen. Aber Dortmund hatte dennoch Großkampftag. In der Innenstadt brach der Verkehr zusammen. Viele Geschäfte hatten Solidaritätsparolen in die Schaufenster gehängt. Besonders um die Hüttenwerke herum hatten viele Geschäfte aus Solidarität nachmittags geschlossen. Die Kirchenglocken läuteten und die Luftschutzsirene heulte Alarm als wollte sie warnen: **Dortmund darf nicht sterben!**

Jede Menge Parolen waren auf Transparenten und selbstgefertigten Schildern zu lesen oder wurden im Sprechchor skandiert, wie zum Beispiel: **„Stahlwerk jetzt!", „Die Deutsche Bank macht Dortmund krank", „Nur unser konsequenter Kampf macht den ESTEL-Bossen Dampf!, „Rohwedder denkt nur an Profit, das machen wir nicht länger mit'", „Die Deutsche Bank will Dortmunds Tod — Massenaktionen tun jetzt not!"**

Die brutale Willkür der ESTEL-Herren und der Deutschen Bank hat viele Kollegen, viele Dortmunder Bürger aufgerüttelt. Viele erkennen jetzt die Notwendigkeit des Massenkampfes zur Verteidigung der Arbeitsplätze. **Nicht zuletzt besteht der Erfolg dieser großen Aktion darin, daß sie die Hoesch-Belegschaften ermutigt, daß sie ihre Kampfbereitschaft gestärkt hat.**

Allerdings gab es nicht nur diesen kämpferischen Aspekt. Alle Redner auf der Großkundgebung mit Ausnahme einer Vertreterin der Initiative der Stahlarbeiterfrauen wiegelten ab, verbreiteten Sozialpartnerschaftsparolen, leugneten, daß der Kampf sich kompromißlos gegen die Profitinteressen der Konzern- und Bankherren richten muß. Besonders übel war das Gerede des herbeigeeisten „Landesvaters" Rau.

Rau sang ein Loblied auf den „sozialen Frieden", der in Dortmund durch die Montanmitbestimmung gewährleistet sei. **Welcher Hohn!** Schicken die Konzernherren sich nicht etwa an, Zigtausenden in Dortmund den Arbeitsplatz zu rauben und die ganze Stadt wirtschaftlich zu ruinieren? Ein schöner sozialer Friede ist das! Hätte Rau gesagt: „Es ist uns bisher noch meistens gelungen, mit dem Mitbestimmungsbetrug die Arbeiter vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten", dann wäre seine Sprache wenigstens ehrlich gewesen.

Die Forderung der versammelten Massen nach sofortigem Bau des neuen Stahlwerks, ihre Hauptforderung also, erwähnte Rau mit keiner Silbe. Stattdessen sprach er nur ganz allgemein (und genauso heuchlerisch wie Hoesch-Boß Rohwedder) von der Erhaltung der Stahlbasis. Das bedeutet ganz klar: **Rau hat sich hinter den Kulissen längst mit den ESTEL-Hoesch-Bossen und den Herren der Deutschen Bank arrangiert.** Auch er ist der Meinung, daß das Stahlwerk nicht gebaut werden soll, daß der Profit der Monopolherren Vorrang hat.

Das Auftreten von Rau und Oberbürgermeister Samtlebe als Redner sollte den Eindruck erwecken, als würden die führenden politischen Kräfte, insbesondere die Landesregierung und die SPD, den Kampf für das neue Stahlwerk unterstützen. Genau das Gegenteil ist jedoch der Fall: Diese Herrschaften sind Komplizen der Arbeitsplatzkiller. **Es ist der kapitalistische Staat, es ist die SPD-Regierung, die politisch die Profitinteressen der Monopole und Großbanken durchsetzen.** Das soll vertuscht werden, um durch Illusionen einen konsequenten Widerstand zu verhindern.

Auch die weiteren Redner, Judith vom IGM-Hauptvorstand, Dieterich , der Dortmunder IGM-Chef, Schrade, Betriebsratsvorsitzender bei Hoesch, versuchten durch nichtssagende und bisweilen höchst wortradikale Sprüche und Beteuerungen ihre verräterische Haltung zu bemänteln. Bezeichnend ist, daß keiner von ihnen sich von den Ausführungen ihres Parteifreundes Rau in irgendeiner Weise distanzierte. Bezeichnend auch, daß kein Redner erwähnte, daß ausgerechnet an diesem Tag, wo die Stahlarbeiter gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze demonstrierten, auf einer der letzten Dortmunder Zechen die letzte Schicht gefahren und zum letztenmal Kohle gefördert wurde: Die 111 Jahre alte Schachtanlage Hansa wird stillgelegt!

Trotz alledem aber wurde die Kampffront gegen die Arbeitsplatzkiller durch die Massenaktion vom Freitag gestärkt. Diese Demonstration ließ ahnen, welche Kraft frei wird, wenn Stahlkocher nicht mehr stillhalten und wenn gewerkschaftliche Gegenmacht mobil gemacht wird. **Eine Kraft, die stark genug ist, um die Konzern- und Bankherren von ESTEL in die Knie zu zwingen!**

Freilich fürchten die Herren Judith, Dieterich , Samtlebe und Rau nichts so sehr als gerade das Freiwerden dieser Kraft. Sie selbst liefen Gefahr dabei, von ihren schönen Pöstchen gefegt zu werden. Diese Verräter wissen nur zu gut, daß ein Streik bei Hoesch und gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen in der gesamten Stahlindustrie und in anderen Bereichen nötig sind, um das Stahlwerk zu erreichen und zu sichern, daß auch in 20 Jahren noch Rohstahl in Dortmund erzeugt wird. Aber sie wollen diesen Streik, diese gewerkschaftliche Gegenmacht nicht, sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine klassenkämpferische Strategie zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen.

Deshalb führt kein Weg daran vorbei: Der Kampf muß unabhängig von diesen Arbeiterverrätern organisiert werden. Die Kollegen müssen entschlossen auf ihre eigene Kraft bauen. Sie müssen versuchen, die nötigen Aktionen bis hin zum Streik selbständig von unten her vorzubereiten und zu organisieren.

Dieser Punkt stand auch im Zentrum der Diskussion auf der gutbesuchten Veranstaltung, die die Dortmunder RGO im Anschluß an die Großkundgebung durchführte. Auch solche Hoesch-Arbeiter, die am Freitagabend zum ersten Mal auf einer RGO-Veranstaltung dabei waren, vertraten den Standpunkt, daß da jetzt angepackt, daß im Betrieb für den Streik Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Die RGO bei Hoesch und in Dortmund insgesamt muß versuchen, mit allen kämpferischen Kollegen und ehrlichen Gewerkschaftern gemeinsam diese schwierige Aufgabe zu lösen.





Wann wird es soweit sein?

In Hörde steht das Hoesch-Werk Phoenix


RGO-Betriebsrat Norbert Bömer



HBV-Kollegen ließen sich etwas einfallen



Nach der Aktion: RGO-Veranstaltung. Bildmitte: Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon

STAHLWERK JETZT!



Viele Geschäftsleute hängten Solidaritätsplakate auf



Solidarisch: Dortmunder ÖTV-Kollegen


Nachwuchskämpferin





(aus: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 9ff)

Friedrich Engels

Am 28. November jährt sich zum 160. Mal der Geburtstag von Friedrich Engels, dem großen Führer und Lehrer der internationalen Arbeiterbewegung. Wir drucken aus diesem Anlaß nachstehend Auszüge aus einem Artikel ab, den W.I. Lenin 1895 zum Tod von Friedrich Engels geschrieben hat. Lenin war es, der im Kampf gegen den Opportunismus, der zur Zeit von Engels' Tod schon tiefe Wurzeln in den Arbeiterparteien geschlagen hatte, das Werk der Begründer des Marxismus verteidigte und weiterentwickelte.

(aus: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 9, ff)

Zum Sozialisten wurde Engels erst in England. Er trat in Manchester mit den Führern der damaligen englischen Arbeiterbewegung in Verbindung und begann in der englischen sozialistischen Presse mitzuarbeiten. Als Engels Im Jahre 1844 nach Deutschland zurückkehrte, wurde er auf der Durchreise in Paris mit Marx bekannt, mit dem er schon früher in Briefwechsel gestanden hatte. Marx war in Paris unter dem Einfluß der französischen Sozialisten und des französischen Lebens ebenfalls zum Sozialisten geworden. Hier schrieben die Freunde gemeinsam das Buch „Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik". Dieses Buch, das ein Jahr vor der „Lage der arbeitenden Klasse in England" erschien und zum größten Teil von Marx geschrieben ist, enthält die Grundlagen des revolutionär-materialistischen Sozialismus, dessen Hauptgedanken wir oben dargelegt haben. „die heilige Familie", das ist eine scherzhafte Bezeichnung für die Philosophen Gebrüder Bauer und ihre Anhänger. Diese Herren predigten eine Kritik, die über der Wirklichkeit steht, über den Parteien und der Politik, die jede praktische Tätigkeit verneint und sich damit begnügt, die Umwelt und die in ihr vor sich gehenden Ereignisse „kritisch" zu betrachten. Die Herren Bauer urteilten über das Proletariat von oben herab, als über eine unkritische Masse. Dieser unsinnigen und schädlichen Richtung traten Marx und Engels entschieden entgegen. Im Namen der wahren menschlichen Persönlichkeit, des von den herrschenden Klassen und vom Staate getretenen Arbeiters, fordern sie statt der Betrachtung den Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung. Die zu diesem Kampf fähige und an ihm interessierte Kraft sehen sie natürlich im Proletariat. Engels hatte schon vor der „Heiligen Familie", in den von Marx und Ruge herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern", seine „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie" veröffentlicht, in denen er vom sozialistischen Standpunkt aus die grundlegenden Erscheinungen der modernen Wirtschaftsordnung als zwangsläufige Folgen der Herrschaft des Privateigentums untersuchte. Der Umgang mit Engels trug zweifellos dazu bei, daß Marx den Entschluß faßte, sich mit der politischen Ökonomie zu befassen, jener Wissenschaft, in der seine Werke dann eine wahre Umwälzung hervorgerufen haben.

Die Zeit von 1845 bis 1847 verbrachte Engels in Brüssel und Paris, wo er wissenschaftliche Studien mit praktischer Tätigkeit unter den deutschen Arbeitern dieser beiden Städte verband. Hier knüpften Engels und Marx Beziehungen an zu dem geheimen deutschen „Bund der Kommunisten", der ihnen den Auftrag gab, die Grundprinzipien des von ihnen ausgearbeiteten Sozialismus darzulegen. So entstand das im Jahre 1848 veröffentlichte berühmte „Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels. Dieses kleine Büchlein wiegt ganze Bände auf: Sein Geist beseelt und bewegt bis heute das gesamte organisierte und kämpfenden Proletariat der zivilisierten Welt.

Die Revolution von 1848, die zuerst in Frankreich ausbrach und dann auch auf andere Länder Westeuropas übergriff, führte Marx und Engels in ihre Heimat zurück. Hier, in Rheinpreußen, leiteten sie die demokratische „Neue Rheinische Zeitung", die in Köln herausgegeben wurde. Die beiden Freunde waren die Seele aller revolutionär-demokratischen Bestrebungen in Rheinpreußen. Sie verteidigten bis zuletzt die Interessen des Volkes und der Freiheit gegen die Kräfte der Reaktion. Diese gewannen bekanntlich die Oberhand. Die „Neue Rheinische Zeitung" wurde verboten, und Marx, der während seines Emigrantenlebens die Rechte eines preußischen Staatsangehörigen verloren hatte, wurde ausgewiesen; Engels jedoch nahm an dem bewaffneten Volksaufstand teil, kämpfte in drei Gefechten für die Freiheit und flüchtete nach der Niederlage der Aufständischen über die Schweiz nach London.

Auch Marx ließ sich in London nieder. Engels wurde bald wieder Angestellter und später Teilhaber des Handelshauses in Manchester, in welchem er schon in den vierziger Jahren tätig gewesen war. Bis 1870 lebte er in Manchester und Marx in London, was sie nicht hinderte, den lebhaftesten geistigen Verkehr zu pflegen: fast täglich wechselten die Briefe. In diesem Briefwechsel tauschten die Freunde ihre Ansichten und Kenntnisse aus und arbeiteten gemeinsam an der Fortentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus. Im Jahre 1870 siedelte Engels nach London über, und bis 1883, bis zum Tode von Marx, währte ihr von angestrengter Arbeit erfülltes gemeinsames geistiges Leben. Die Frucht dieser Arbeit war — was Marx anbelangt — „Das Kapital", das größte Werk unseres Zeitalters auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, und, was Engels betrifft, eine ganze Reihe größerer und kleinerer Schriften. Marx arbeitete an der Untersuchung der komplizierten Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Engels beleuchtete in außerordentlich flüssig geschriebenen, oft polemischen Arbeiten die allgemeinsten wissenschaftlichen Fragen und die verschiedensten Erscheinungen der Vergangenheit und Gegenwart im Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung und der ökonomischen Theorie von Marx. Von diesen Engelsschen Arbeiten seien genannt: die polemische Schrift gegen Dühring (in ihr werden die tiefsten Probleme der Philosophie, der Natur- und Gesellschaftswissenschaft untersucht), „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats"(russische Übersetzung in 3. Auflage, St. Petersburg 1895), „Ludwig Feuerbach" (russische Übersetzung mit Anmerkungen von G. Plechanow, Genf 1892), ein Artikel über die Außenpolitik der russischen Regierung (in russischer Übersetzung im Genfer „Sozialdemokrat" Nr. 1 und 2), die ausgezeichneten Artikel über die Wohnungsfrage und schließlich zwei kleine, aber sehr wertvolle Artikel über die ökonomische Entwicklung Rußlands („Friedrich Engels über Rußland", ins Russische übertragen von W.I. Sassulitsch, Genf 1894). Marx starb, ohne sein gewaltiges Werk über das Kapital in endgültiger Form bearbeitet zu haben. Im Rohentwurf war es jedoch fertig. Und nun machte sich Engels nach dem Tode seines Freundes an die schwere Arbeit, Band II und III des „Kapitals" zu bearbeiten und herauszugeben. Im Jahre 1885 gab er Band II,1894 Band III heraus (zur Bearbeitung von Band VI kam er nicht mehr). Die Herausgabe dieser beiden Bände erforderte außerordentlich viel Arbeit. Der österreichische Sozialdemokrat Adler hat mit Recht gesagt, Engels habe seinem genialen Freunde mit der Herausgabe von Band II und III des „Kapitals" ein großartiges Denkmal gesetzt, auf dem er, ohne es beabsichtigt zu haben, seinen eigenen Namenszug mit unauslöschlichen Lettern eingetragen hat. In der Tat, diese beiden Bände des „Kapitals" sind das Werk von zweien: von Marx und Engels. Antike Sagen berichten von manchen rührenden Beispielen der Freundschaft. Das europäische Proletariat kann sagen, daß seine Wissenschaft von zwei Gelehrten und Kämpfern geschaffen worden ist, deren Verhältnis die rührendsten Sagen der Alten über menschliche Freundschaft in den Schatten stellt. Engels hat stets — und im allgemeinen durchaus mit Recht — Marx den Vorrang gegeben. Einem alten Freund schrieb er: „Bei Marx' Lebzeiten habe ich die zweite Violine gespielt." Seine Liebe zu dem lebenden Marx und seine Ehrfurcht vor dem Andenken des Verstorbenen waren grenzenlos. Dieser harte Kämpfer und strenge Denker konnte aus tiefstem Herzen lieben.

Friedrich Engels mit deutschen Delegierten des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Zürich (12. August 1893). Von links: Ferdinand Simon, Frieda Siemon, Clara Zetkin, Friedrich Engels, Julie Bebel, August Bebel.

Nach der Bewegung von 1848/1849 beschäftigten sich Marx und Engels im Exil nicht nur mit wissenschaftlichen Arbeiten. Marx gründete 1864 die „Internationale Arbeiterassoziation" und leitete diese Vereinigung im Laufe eines vollen Jahrzehnts. Auch Engels nahm an ihrer Arbeit lebhaften Anteil. Die Tätigkeit der „Internationalen Arbeiterassoziation", die nach dem Plane von Marx die Proletarier aller Länder vereinigen sollte, war für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von ungeheurer Tragweite. Aber auch nach der Auflösung der „Internationalen Arbeiterassoziation" in den siebziger Jahren hörten Marx und Engels nicht auf, als Einiger der Arbeiterklasse zu wirken. Im Gegenteil: man könnte sagen, daß ihre Bedeutung als geistige Führer der Arbeiterbewegung immer größer wurde, weil auch die Bewegung selbst ununterbrochen wuchs. Nach dem Tode von Marx war es Engels allein, der fortfuhr, als Berater und Führer der europäischen Sozialisten zu wirken. Sowohl die deutschen Sozialisten, deren Kraft trotz der Regierungsverfolgungen schnell und ununterbrochen zunahm, als auch die Vertreter zurückgebliebener Länder, beispielsweise Spanier, Rumänen, Russen, die ihre ersten Schritte überlegen und erwägen mußten, wandten sich an ihn um Rat und Anleitung. Sie alle schöpften aus der reichen Schatzkammer der Kenntnisse und Erfahrungen des alten Engels.

Marx und Engels, die beide mit der russischen Sprache vertraut waren und russische Bücher lasen, interessierten sich lebhaft für Rußland. Sie verfolgten mit Sympathie die russische revolutionäre Bewegung und unterhielten Beziehungen zu russischen Revolutionären. Sie waren beide aus *Demokraten* zu Sozialisten geworden, und das demokratische Gefühl des *Hasses* gegen politische Willkür war bei ihnen außerordentlich stark. Dieses unmittelbare politische Gefühl, gepaart mit tiefem theoretischem Verständnis für den Zusammenhang zwischen politischer Willkür und wirtschaftlicher Unterdrückung, sowie ihre reichen Lebenserfahrungen machten Marx und Engels gerade in *politischer* Hinsicht außerordentlich feinfühlig. Der heroische Kampf des kleinen Häufleins russischer Revolutionäre gegen die mächtige Zarenregierung fand daher bei diesen bewährten Revolutionären den wärmsten Widerhall. Hingegen schien ihnen die Tendenz, um vermeintlicher ökonomischer Vorteile willen sich von der unmittelbarsten und wichtigsten Aufgabe der russischen Sozialisten, der Eroberung der politischen Freiheit, abzuwenden, naturgemäß verdächtig, ja, sie wurde von ihnen geradezu als Verrat an der großen Sache der sozialen Revolution betrachtet. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein", lehrten Marx und Engels ständig. Um aber für seine ökonomische Befreiung zu kämpfen, muß das Proletariat sich gewisse *politische* Rechte erobern. Außerdem haben sowohl Marx als auch Engels klar gesehen, daß die politische Revolution in Rußland auch für die westeuropäische Arbeiterbewegung von ungeheurer Tragweite sein wird. Das absolutistische Rußland ist von jeher das Bollwerk der gesamten europäischen Reaktion gewesen. Die außerordentlich vorteilhafte internationale Lage Rußlands infolge des Krieges von 1870, der Deutschland und Frankreich für lange Zeit verfeindete, hat natürlich die Bedeutung des absolutistischen Rußlands als einer reaktionären Macht nur gesteigert. Nur ein freies Rußland, das nicht nötig hat, die Polen, Finnen, Deutschen, Armenier und andere kleine Völker zu unterdrücken noch Frankreich und Deutschland ständig gegeneinander zu hetzen, wird das jetzige Europa frei von Kriegsbürden aufatmen lassen, wird alle reaktionären Elemente in Europa schwächen und die Kraft der europäischen Arbeiterklasse mehren. Aus diesem Grunde hegte Engels auch im Interesse der Erfolge der Arbeiterbewegung im Westen den heißen Wunsch, in Rußland möge die politische Freiheit ihren Einzug halten. Die russischen Revolutionäre haben in ihm ihren besten Freund verloren.

Ewiges Gedenken dem großen Kämpfer und Lehrer des Proletariats Friedrich Engels!

Brief von Teilnehmern der Parteischule

An das ZK der KPD

Liebe Genossen,

wir, die Teilnehmer des vierten Seminars der Parteischule entsenden Euch, dem ZK unserer Partei, revolutionäre Grüße.

Wir wollen Euch kurz unseren Eindruck von der Parteischule berichten. Vorweg sind wir alle der Meinung, daß sie eine sehr gute Einrichtung ist, sehr gut organisiert, daß wir hier viel gelernt haben und auch viel Freude hatten.

Schon immer hat die Partei daran gearbeitet, die Parteigenossen mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu wappnen und gerade in letzter Zeit die Notwendigkeit gesehen, vor allem die Kader der Partei ideologisch zu stählen und im kommunistischen Sinne zu erziehen.

Dieses Seminar ist nun zu Ende (nicht aber die weitere Schulung und Erziehung). Wir sind fest davon überzeugt, daß die Partei insgesamt noch größere Fortschritte machen wird, wenn nach und nach alle Leitungsmitglieder und Zellensekretäre die Parteischule besuchen. Wir werden unsere Kenntnisse weitergeben und die Schulung in unseren Zellen weiter vorantreiben. Mit dem, was wir in den zwei Wochen gelernt haben, können wir wesentlich besser in den Klassenkampf eingreifen, weil die Schulung nicht „abgehoben" war. Zwar haben wir sehr viel lesen und uns zunächst die theoretischen Grundlagen erarbeiten müssen, aber in den Seminaren wurde schließlich alles auf die Bedingungen in unserem Land bezogen und praxisnah behandelt. Außerdem haben wir hier besser gelernt, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden, sozusagen in unserem täglichen Kampf im Betrieb, bei der Bewältigung unserer Aufgaben in der Partei und in den Massenorganisationen uns mit den Klassikern des Marxismus-Leninismus zu beraten.

Auch wenn es teilweise schwer ist, z.B. die politische Ökonomie des Kapitalismus wirklich zu begreifen, können wir jetzt aus eigener Erfahrung sagen, daß wir als einfache Arbeiter, die wir fast alle sind, dies begreifen können. Das sei vor allem mal denen ins Buch geschrieben, die von den dummen Arbeitern quatschen. Aber das sind ja gerade die gleichen Wirrköpfe, die uns weismachen wollen, daß z.B. ein Lohn-Preis-Stop die Krise aufhalten könnte und daß der Sozialismus sowieso nicht nötig wäre. Übrigens haben wir hier auch gelernt, wo diese Leute, die so etwas bewußt vertreten, eines Tages landen...

Daß das Seminar so erfolgreich zu Ende geht, geht auch auf das Konto der Referenten, die Ihr uns geschickt habt. Ihre Vorträge waren interessant gestaltet und kaum eine Frage blieb unbeantwortet. Die Genossen kannten sich selbst gut im Marxismus-Leninismus aus und geduldig waren sie auch.

Zum Schluß brauchen wir wohl nicht zu erwähnen, daß es schon ein Erlebnis ist, mal zwei Wochen unter Genossen in Ruhe und ohne den Druck des Alltags zu lernen und zu diskutieren. Dementsprechend heiter waren natürlich auch die Abende.

Wir wünschen der Parteischule weiterhin viel Erfolg und möchten sie den Kadern wärmstens empfehlen und ihnen zur Teilnahme raten.

Die Teilnehmer des vierten Seminars der Parteischule

Kieler „Asche-Prozeß“ eröffnet

„Der zweitschönste Tag meines Lebens ...“

Am 26. November begann in Kiel der letzte große NS-Prozeß in der Bundesrepublik. Einziger Angeklagter in diesem Verfahren ist noch der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Judenreferent beim SD in Brüssel Kurt Asche. Er hat mitgewirkt an der Deportation von 25 000 belgischen Juden ins Konzentrationslager Auschwitz, wo sie fast alle ermordet wurden.

Über die Vorgeschichte des Prozesses hat der „Rote Morgen“ bereits berichtet. Ein Redaktionsmitglied war jetzt als Reporter dabei.

Vor dem Beginn des ersten Verhandlungstages fand in Kiel eine eindrucksvolle Aktion statt: Mit drei Bussen trafen etwa 150 belgische Juden, Überlebende der Hölle von



Der Schweigemarsch

Auschwitz und Angehörige Ermordeter, in Kiel ein. Mit ihren Fahnen, die bestickt waren mit den Zeichen der Organisationen der Verfolgten und Deportierten aus Charleroi und anderen Orten in Belgien, mit „Judensternen“ und Transparenten wie „Wir werden Auschwitz niemals vergessen“ und „Säubert das eigene Nest auch von den Schreibtischmördern“ formierten sie sich zu einem Demonstrationszug. Über hundert Kieler Bürger schlossen sich dem Zug zu einem Schweigemarsch zum Gerichtsgebäude an.

Begleitet wurden die belgischen Antifaschisten von zahlreichen Journalisten. Ich hatte Gelegenheit, mit einigen von ihnen zu sprechen. Dabei wurde deutlich, mit welcher Aufmerksamkeit die belgische Öffentlichkeit diesen Prozeß und seine Begleitumstände verfolgt, und wie breit die Berichterstattung in den Medien ist. „Dieser Prozeß ist von großer Bedeutung für unser Volk und unser Land“, betonte der Reporter einer belgischen Tageszeitung. Bestürzt zeigte er sich über das verhältnismäßig geringe Interesse der bundesdeutschen und Kieler Presse in der Zeit der Vorbereitung des Prozesses. Das ist offenbar in seiner Heimat ganz anders.

Der Zug erregte große Aufmerksamkeit bei den Menschen auf den Straßen. Eine solche Demonstration — und einen solchen Prozeß — hat es auch in Kiel noch nicht gegeben.

Eine ungeheure Provokation gab es in der Nähe des Gerichtsgebäudes: Faschisten standen da und verteilten Flugblätter! Sie wurden viel zu spät von der Polizei festgenommen.

Bei der Ankunft am Gericht wurde gleich ein großer Mangel des Prozesses deutlich: Viele Menschen mußten vor der Eingangstür bleiben. Sie wurden von der Polizei nicht eingelassen. Zugang zum Gerichtssaal fanden außer den direkt Prozeßbeteiligten nur eine ausgewählte Anzahl der Belgier und ganze 30 deutsche Zuschauer, die am Tage zuvor nach stundenlangem Warten eine Eintrittskarte erhalten hatten. Daß die anderen wenigstens nicht auf der Straße stehen mußten, verdanken sie einem Mitglied des Kieler „Arbeitskreises Asche-Prozeß“, der sie durch einen Nebeneingang in den Flur vor dem Gerichtssaal führte.

Es ist eine Schande für die Stadt Kiel, daß Menschen, deren Angehörige von Asche und Komplizen ins Gas geliefert wurden, die extra aus Belgien angereist waren, nicht den Prozeß verfolgen konnten. Zwar bekamen die meisten wenigsens einen Teil mit, weil sich die Zuschauer laufend im Saal abwechselten, aber bei vielen blieb Verbitterung zu-


Faschistischer Provokateur

rück. „Für eine Hochzeit hätte man in Deutschland sicher einen größeren Raum bereitgestellt als für diesen Prozeß“, sagte eine ältere Frau.

Kieler Schulklassen, die ihr Interesse an dem Besuch eines Verhandlungstages bekundet hatten, waren von vorneherein abgewimmelt worden. Und das bei dem völlig unzureichenden Wissen, das der westdeutschen Jugend in den Schulen über die Zeit der Naziherrschaft vermittelt wird! So waren nur einzelne Schüler da, zu denen die Kollegen des Kieler „Arbeitskreises“ allerdings gleich gute Kontakte herstellten und mit denen ich selbst gesprochen habe, die ich mit dem „Roten Morgen“ über die Hintergründe des Prozesses informieren konnte.

Im Gerichtssaal wurde der Richter aus dem Zuschauerraum heraus auf die völlig unzureichende Platzzahl hingewiesen, die der Gerichtssaal aufweist. Seine Reaktion: „Dies ist hier der größte Saal“. Das stimmt, aber: Warum wird für einen derartigen Prozeß nicht ein größeren Raum außerhalb des Gerichtsgebäudes zur Verfügung gestellt, etwa in einer Schule? „Dafür gibt es keine juristische Möglichkeit, die Prozeßordnung läßt das nicht zu.“ Daraufhin werden Parallelfälle vorgehalten, wo das sehr wohl möglich war. Richter Dann: „Solche Fälle sind mir nicht bekannt. **Das interessiert mich jetzt auch nicht.** Im übrigen möchte ich die Diskussion mit den Zuschauern jetzt beenden!“

Wie sehen die belgischen Antifaschisten und ihre Vertreter den Prozeß? Ich fragte einen der Sprecher der jüdischen Verfolgten, Herrn Meyer-Munz aus Brüssel, was er sich von dem Prozeß erwartet. Er lacht, wird aber sofort wieder ernst. **„Die Verurteilung von Asche ist für mich eine Selbstverständlichkeit“, sagt er. „Gerade angesichts des Wiederaufkommens faschistischer Aktionen wie in Bologna und München. Dieser Prozeß ist ein Beispiel besonders für die nachkommenden Generationen. Asche ist dabei eigentlich nur ein Symbol.“**

Ähnlich äußerten sich alle. „Eine Strafe kann all das Leid nicht vergelten. Aber das Urteil kann Beispiel für die Jugend sein.“ Ein anderer: **„Dies ist der zweitschönste Tag in meinem Leben. Der erste war die Befreiung von Auschwitz. Und der zweite ist der Prozeß für die Leute, die mir Vater, Mutter und Freunde gemordet haben ... “**

Es bleibt zu hoffen, daß das Urteil diesen Erwartungen entspricht.

Der Verlauf der Verhandlung an diesem ersten Prozeßtag machte zumindest deutlich, daß es auch nicht den kleinsten Ansatzpunkt für einen Freispruch gibt. Er, der „zweite Mann“ in Brüssel, will an keiner einzigen Aktion gegen die Juden und schon gar nicht an Verhören beteiligt gewesen sein. Und damit nicht genug: Er will nichts davon gewußt haben, was mit den deportierten Juden geschehen sollte! Er will nie darüber nachgedacht haben, wozu den Transporten wohl zehn Prozent arbeitsunfähige Menschen beigegeben werden sollten, wenn es angeblich zu Arbeitseinsätzen ging! Überhaupt hat er sich nach seinen Aussagen im wesentlichen mit der Bearbeitung alter Akten beschäftigt und war an dem aktuellen Geschehen gar nicht beteiligt. Im Zweifelsfalle konnte er sich an nichts erinnern.

Anklage zugrundeliegen, beweisen allerdings etwas ande- beweisen allerdings etwas anderes. Und der Vorsitzende Richter selbst stellte klar fest, daß Asches Aussagen in zentralen Punkten nicht Glauben geschenkt werden könne und das Gericht davon ausgehe, daß er nicht die Wahrheit sage.

Wie man schon aus der Anklageschrift entnehmen kann, werden viele Zeugen die Grausamkeit Asches und seinen faschistischen Fanatismus bezeugen. Der Lebensweg dieses Mannes spricht schon für sich. Bereits 1931 trat er der NSDAP und der SA bei, kam 1935 zum Sicherheitsdienst. 1944 wurde er von den Nazis selbst verhaftet und am 9. Mai desselben Jahres vom SS- und Polizeigericht in Brüssel wegen militärischen Ungehorsams und Hehlerei zu einer Freiheitsstrafe verurteilt! Er hatte sich an Beutestücken bereichert, wo doch das „Reich“ den Gewinn einstecken wollte. Mithin ein Mann, der für die SS zu kriminell war ...

Als freier Mann kam Asche zum Prozeß. In den Pausen mußte er von der Polizei geschützt werden, denn die belgischen Verfolgten kamen ihm bedrohlich nahe, er wurde unsanft herumgeschubst. „Du Mörder meiner Mutter“ rief ihm einer erregt zu. **Ungläubiges Staunen machte sich breit und äußerte sich in anhaltendem Raunen, als Asche im Gerichtssaal erzählte, wie seine Einkommensverhältnisse aussehen: Er bezieht 1950 Mark Rente im**


Massenmörder Asche im Gerichtssaal

Monat. Wieviele Verfolgte des Nazi-Regimes haben keinen Pfennig Abfindung gesehen, weil ihre Gesinnung auch den heutigen Machthabern in Westdeutschland nicht gepaßt hat. Aber einer, der im Dienst der SS sieben Jahre lang als Spezialist für „Judensachen“ Menschen gequält und mißhandelt und in den Tod geschickt hat, der vor seinem Einsatz in Brüssel bereits in Polen bei Einheiten des SD tätig war, die buchstäblich massenhaft Menschen abgeschlachtet haben, so einer kriegt mehr Rente als mancher ehrliche Arbeiter heute verdienen kann!


Herr Meyer-Munz

Nach diesem ersten Tag fragte ich Herrn Meyer-Munz nach seinem Eindruck von der Verhandlung. Er äußerte sich recht zufrieden mit ihrem Verlauf, beurteilte auch die Fragen des Richters als gut. Er rechnet fest mit einer Verurteilung. Von der deutschen Bevölkerung erwartet er, daß sie dieses Urteil gutheißt, daß sich der Geist des Antifaschismus und die Verurteilung des Faschismus auch in Deutschland durchsetzt. Das große Interesse der Kieler Öffentlichkeit an dem Prozeß, das sich in dem Andrang vor dem Saal zeigte, begrüßte er sehr. Ebenfalls zuversichtlich und mit dem Auftreten des Richters zufrieden zeigte sich Beate Klarsfeld, die mit ihrem Einsatz ebenso wie ihr Mann, Serge Klarsfeld, das Zustandekommen dieses Porzesses erst ermöglicht hat, gegen den Willen deutscher Richter, die in den zurückliegenden Jahren alles versuchten, um es nicht zur Eröffnung der Hauptverhandlung kommen zu lassen.

Die deutschen Antifaschisten können und müssen durch ihre Arbeit, durch den Druck der von ihnen mobilisierten Öffentlichkeit, ihr Teil dazu beitragen, daß sich die gerechten Erwartungen der ehemals Verfolgten und ihrer Angehörigen erfüllen!

Der „Arbeitskreis Asche-Prozeß“

Beachtung verdient die Arbeit der Kieler Antifaschisten im Zusammenhang mit diesem Prozeß.

Wie berichtet, haben sie schon lange vor Prozeßbeginn Initiativen ergriffen, die Öffentlichkeit über das bevorstehende Ereignis zu informieren und zu Aktionen zu mobilisieren, die den Forderungen der jüdischen Nebenkläger auch in unserem Lande Nachdruck verleihen, denn sie sind die Forderungen der Antifaschisten in der ganzen Welt. Bereits vor mehreren Monaten trat die VOLKSFRONT mit



Auf dem Weg zum Gericht

einem Flugblatt an die Öffentlichkeit. Größtes Gewicht wurde darauf gelegt, die Arbeit so breit wie möglich und für jeden an dem Prozeß Interessierten zugänglich zu gestalten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war der „Arbeitskreis“. Dieser hat sich gerade in den letzten Wochen vor dem ersten Verhandlungstag beträchtlich erweitert, und er hat durch die von ihm über Beate Klarsfeld hergestellten Verbindungen zu den Nebenklägern und den Verfolgten begonnen, einen wirksamen Beitrag zur Unterstützung des Prozesses zu leisten. Früher als mancher Journalist erhielten die Kollegen so die wesentlichen Dokumente des Prozesses, die sie auch anderen Interessierten zur Verfügung stellen konnten. Viele Organisationen und noch mehr Einzelpersonen machen inzwischen im Arbeitskreis mit.

Ausgerechnet die Organisation aber, mit der man — wenn man von ihrem Namen und Anspruch ausgeht — die allergeringsten Schwierigkeiten in der gemeinsamen antifaschistischen Aktion haben dürfte, schoß quer: die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). Monatelang hatten die Kieler Freunde und Kollegen sich um die Zusammenarbeit bemüht, die Reaktion war gleich Null. Einen Tag vor dem Prozeß aber schaltete sich die VVN plötzlich offiziell ein, aber nicht um mitzumachen: Sie versuchte, die Unterstützung des Schweigemarsches durch die Kieler Bevölkerung, ja sogar den Marsch selber zu verhindern! „Der Schweigemarsch findet nicht statt“, verkündete H.W., ein in Kiel bekannter VVN-Funktionär, am 25.11. In schamloser Weise wollten hier die Verantwortlichen ihre teilweise bestehenden guten Beziehungen zu ausländischen Antifaschisten ausnutzen, um die großartige Aktion sterben zu

Fortsetzung auf Seite 8

Blutige Traditionen

Korrespondenz aus Lüneburg

Am 13. November wurden auf dem MTV-Sportplatz in Lüneburg unter festungsartiger Abriegelung von Polizeieinheiten mit Wasserwerfern und Hundestaffeln und Feldjägern der Bundeswehr 150 Soldaten vereidigt.

Der Lüneburger Reaktion saß der Schrecken von Bremen, Bonn und Hannover ziemlich im Genick. In wochenlangen Reden beschwor sie die Lüneburger Bevölkerung eindringlich, zu „ihren" Soldaten zu stehen.

Es kamen aber nur 380 Demonstranten, darunter Mitglieder der VOLKSFRONT, die in der Innenstadt mit Transparenten und Sprechchören protestierten. Die Route in Richtung Sportplatz wurde aus „Sicherheitsgründen" verboten. Proteste gab es auch vor dem Eingangstor, durch das man sich nur einzeln an den Polizeiketten vorbeidrängeln konnte. Aus einem nahegelegenen Kinderheim riefen die Kinder während des Zapfenstreiches aus dem Fenster: „Bundeswehr weg! Hat kein' Zweck!"

Etwa 20 Fußballer des MTV haben öffentlich gegen die militärische Machtdemonstration auf ihrem Sportplatz protestiert: **„Der Rasen des MTV-Platzes eignet sich besser zum Sporttreiben als zum Aufmarsch uniformierter Einheiten."**

Für die KPD, die in Lüneburg eine alte Tradition besaß, ist es heute nicht leicht, in diesem tausendjährigen Garnisonsstandort gegen den Militarismus aufzutreten. Die reaktionären Kreise reagieren schnell und scharf (MAD usw.). Militärische und zivile Einrichtungen sind bis ins kleinste Detail miteinander verknüpft worden.

So geben sich die militärischen und zivilen wirtschaftlichen und politischen Prominenzen auf zahlreichen Bällen ein Stelldichein. Da tanzt dann die Frau des Brigadekommandeurs mit dem Verwaltungsgerichtspräsidenten und der Dekan der Hochschule mit der Frau des Oberstaatsanwaltes. Für die Soldaten gab es Biwakaufenthalte in ihren Patengemeinden. Auf dem Programm stehen gemütliches Beisammensein mit den Gastfamilien, gemeinsames Preisschießen, Fußballspiele und 100-Jahr-Feiern des reaktionären Kyffhäuser-Bundes.

Hier werden heute die Bewohner der Lüneburger Heide mit Militärmanövern überrollt, und am nächsten Tag spielt die britische Militärkapelle dann den Coburger Marsch auf dem alljährlichen Sommernachtsfest. Patenkompanien sorgen für „abwechslungsreiche Tage" in den umliegenden Gemeinden Lüneburgs mit Bürgermeisteransprachen, Flaggenparaden, Manöverbällen und Discoabenden, Feldgottesdiensten mit anschließendem „lustigen Volkswandern" und zünftigem Eintopfessen aus den Feldküchen.

Es ist klar: Auf den Straßen der Garnisonsstadt sollen die täglich rollenden Panzer, Militärfahrzeuge und marschierenden Einheiten nicht nur zum gewohnten Stadtbild gehören, sondern Vertrauen einflößen. Eine Garnisonsstadt kann sich antimilitaristische Stimmungen in der Bevölkerung am wenigsten leisten. Insofern müssen gerade die friedliebenden Menschen dieser Stadt von der KPD durch den Friedensplan zum Kampf gegen die Bundeswehr als ein imperialistisches Machtwerkzeug der NATO mobilisiert werden.

In Lüneburg trifft sich allerhand militärisches Gesindel. Auch sind hier viele militärische Traditionsverbände angesiedelt, so zum Beispiel die „Wikinger"; die 110. Infanteriedivision zeigt Dia-Reihen „Über den Weg der Divisionen im II. Weltkrieg"; Marinekameradschaft, Verband Deutscher Soldaten, Löwengeschwader, Schwarzes Korps.

Bundeswehr und Stadt geben sich sehr verbunden. So hat die Bundeswehr zum Beispiel in dem oben genannten Kinderheim die Patenschaft (!). Offiziere der Lüneburger Panzerdivision schulen die Lehrer in „Bundeswehrfragen". Auf den Kasernenhöfen werden „Elternsprechtage" veranstaltet und öffentliche Waffenschauen präsentiert. Regierungspräsidenten und Oberste der Bundeswehr sammeln in der Lüneburger Innenstadt gemeinsam mit der Sammelbüchse für die Kriegsgräberfürsorge.

Derartige Ereignisse lassen sich jeden Tag in der Lüneburger Landeszeitung nachlesen. Die Bundeswehr hat in Presse und Wirtschaft (Industrie und Handel) großen Einfluß. Bei den Manövern sind oft die Stadtväter eingeladen, **und sie werden gern als „Bürger in Uniform" gefeiert.**

Alles soll die Verbundenheit mit der Bundeswehr demonstrieren. Hierfür wird mit Vorliebe die Geschichte herangezogen. Dies kam auch in der Ansprache des Oberbürgermeisters (SPD) zum Ausdruck. (Übrigens haben sich in Lüneburg die Jusos nicht an der Gegendemonstration oder an Protesten offiziell beteiligt!) Er stellte in seiner Rede die Rolle der Soldaten in der Geschichte völlig auf den Kopf. Der deutsche Militarismus war nie Verteidiger der Heimat und Freiheit des Volkes. Er diente der Bourgeoisie stets zur Unterdrückung nach innen und als Raubwerkzeug nach außen. Die Soldaten spielten nur eine Rolle als Kanonenfutter. Den Lüneburger Soldaten war eben diese Rolle zugedacht.

1848 rückten die Kronprinzdragoner aus dem Lüner Kasernen aus, um mit den Truppenteilen des deutschen Bundes gegen Dänemark zu reiten. Die geheimen Zwecke aber waren, den Herd der deutschen Revolution zu zertreten. In einer Note des preußischen Gesandten v. Wildenbruch wurde dem dänischen Kabinett mitgeteilt, daß sie den Feldzug nur unternommen habe, um die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands an unheilbringender Einmischung zu hindern.

1900 nahm das Lüneburger Dragoner-Regiment am Feldzug gegen die „Boxer" in China teil. Als sich die nationale Freiheitsbewegung der „Boxer" erhob, organisierten die ausländischen kolonialistischen und imperialistischen Weltmächte gemeinsam die gewaltsame Unterdrückung dieses Volksaufstandes. Hierbei taten sich die Deutschen durch besondere Grausamkeiten hervor.

1904 nahmen die Lüneburger Soldaten am Krieg gegen die Hereros in der Kolonie Südwestafrika teil. Die südwestafrikanischen Stämme wurden damals fast völlig ausgerottet. Seit 1908 steht für diese „Heldentaten", bei der zehn Unteroffiziere und Dragoner aus Lüneburg fielen, ein „Ehrenmal" auf dem heutigen Bundesgrenzschutzgelände. Jeder weiß, daß die deutsche Rüstungsindustrie an die rassistischen südafrikanischen Regime Waffen exportiert, die zu nichts anderem dienen als vor 80 Jahren.

1913 feierte Lüneburg das hundertjährige Bestehen des Dragonerregiments. Ein Jahr später begann in Deutschland der erste Weltkrieg. Ein Jahr nach der 125-Jahr-Feier begann Deutschland den zweiten Weltkrieg.

Und ein Jahr nach der 25-Jahr-Feier der Bundeswehr? Soll die Tradition so weitergehen, Herr Oberbürgermeister?

Wir Genossen der KPD gaben am Abend des Bundeswehrgelöbnisses auch ein Gelöbnis ab: „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!"

Der „Arbeitskreis Asche-Prozeß"

Fortsetzung von Seite 7

lassen, weil sie ja nicht unter ihrer Führung ablief! Dabei liegt ihre Isolation einzig und allein in ihrer eigenen Schuld.

Man muß wohl wissen, daß die VVN in Kiel fast identisch ist mit DKP und SDAJ, um zu begreifen, was hier vorgeht. Offensichtlich hat die Führung dieser Partei, nachdem sie monatelang trotz bester Information und den genannten Bemühen der Kieler Antifaschisten den Prozeß totgeschwiegen hat, jetzt Angst bekommen, sich mit der bisherigen Taktik gänzlich ins Abseits zu stellen. Da man aber nicht gutheißen kann, was man nicht bevormunden kann — es könnte ja zu „revolutionär" werden — versucht man eben, alles kaputtzumachen. Daß sich dieses unwürdige Schauspiel auf dem Rücken von Menschen abspielen sollte, die die Folgen der Spaltung der Arbeiterschaft und der antifaschistischen Bewegung am eigenen Leibe verspürt haben — wie auch etliche der VVN-Mitglieder, die sich hier mißbrauchen ließen, etwa H.W. selber — interessiert diese politischen Falschspieler nicht!

Die Mitglieder des „Arbeitskreises" werden auch weiterhin nichts unversucht lassen, um die Einheit herzustellen und die politisch Verantwortlichen auch in der VVN selbst zu isolieren, vor allem durch die vorhandenen persönlichen Kontakte. Das versicherten mir alle, mit denen ich sprach.

Sie haben Grund zum Optimismus. Auf ihrem Treffen nach dem Prozeß waren wieder etliche neue Gesichter. Wie ihre Unterstützungsarbeit aussieht, schilderte ein Sprecher des Kreises an einem Beispiel: „Wir haben jetzt für die israelischen Juden, die hier als Nebenkläger auftreten, eine Pension besorgt. Montagabend gehen wir mit denen mal weg, und drei Tage lang ist immer jemand von uns mit ihnen zusammen." (Montag und Mittwoch sind die nächsten Prozeßtage — Red.)

Und zur weiteren Arbeit sagte er: „...jeder muß wissen: da kann ich Informationen kriegen über den Prozeß. **Der Arbeitskreis muß ein Markenzeichen werden.** Das wollen wir mit zwei Losungen verbinden:

- Für gerechtes und hartes Urteil für Asche
- Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen in der BRD

Wir haben uns mittlerweile an die IG Druck und Papier gewandt, deren auf dem letzten Gewerkschaftstag beschlossene Unterschriftensammlung gegen die Nazis wir für Kiel übernehmen wollen. Wir haben die Kieler Sekretärin gesprochen, und Kollegen in der IG Druck wollen sich dafür einsetzen, daß ihre Organisation dahingehend auch in Kiel aktiv wird, was wir dann eben außerhalb mittragen."

Im Verlauf des Prozesses sollen lebendige Mitteilungen mit Interviews herausgegeben werden. Schüler und Lehrer wollen durch Leserbriefe an die Zeitung und Schreiben an das Gericht einen größeren Raum fordern. Die Fachschaftsgruppe Geschichte hat zum Beispiel beantragt, für einen Tag 25 Plätze zu bekommen. Der Arbeitskreis hat Gruppen eingerichtet: Prozeßbeobachtung, Zeugenbetreuung und Informationssammlung. Dem Wunsche von Mitgliedern, vor allem Schülern, entsprechend, wird sie im eigenen Kreis Informationen über den Faschismus vermitteln.

Es wird eine Veranstaltung vorbereitet, zu der Beate Klarsfeld ihr Kommen bereits zugesichert hat.

Wir wünschen den Kieler Antifaschisten für ihre Arbeit viel Erfolg!

„Wer streikt, wird entlassen!"

Korrespondenz aus Bremen

Liebe Genossen,

hier noch einige Angaben zum Streik der Karosseriebauer in Bremen.

Der Streik begann am 28.10., am 20.11. wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bestreikt wurden in Bremen die Firmen Pollmann und Thiele, die Streikaufnahme bei der Firma Techau scheiterte. Von Anfang an war der Streik ziemlich hart. Es gab Verletzte unter den Streikposten bei Thiele, als ein leitender Angestellter mehreren Kollegen mit seinem Auto über die Füße fuhr. Der Vorfall erschien in der „Bild"-Zeitung als entsprechende Terrormeldung: „Streikposten verbeulten Auto ..."

Techau konterte das Urabstimmungsergebnis, das auch in seinem Betrieb bei über 75 Prozent für Streik lag, mit Entlassungsdrohung gegen alle. Posten aus den beiden anderen Firmen machten das Tor dicht, die Kollegen von Techau standen draußen, waren aber nicht willens, hineinzugehen. Techau und sein Geschäftsführer kamen raus, richteten an jeden einzelnen ultimativ die Frage, ob er nun die Arbeit aufnehmen wolle und schleusten ihn durch die Streikpostenkette hinein.

Die Gewerkschaft schloß alle ihre Mitglieder bei Techau aus. Die „Bild"-Zeitung brachte mehrere Interviews mit Techau-Kollegen. Tenor: „Ich streike nicht, weil ich meinen Arbeitsplatz behalten will. Die Gewerkschaft gibt mir keine Arbeit ..."

Thiele besitzt auch einen Zweigbetrieb in Bremerhaven, wo es bei Streikbeginn kein einziges Gewerkschaftsmitglied gab. Die Kollegen aus Bremen informierten die Bremerhavener durch Flugblätter von dem Streik. Daraufhin traten alle (ca. 73 Mann) in die Gewerkschaft ein und nahmen geschlossen am Streik teil.

Die Geschlossenheit war zumindest bei Thiele sehr groß. Zwar streikten die Angestellten nicht alle mit, aber das Tor war immer gut mit Posten besetzt, und die Streikleitung hatte nie Schwierigkeiten beim Einteilen.

Auf der Vertrauensleute-Versammlung der IGM Bremen wurden 1200 Mark für die Streikenden gesammelt, die Ortsverwaltung legte noch 800 Mark dazu. Von Klöckner kam auch etwas Geld und ein Koks-ofen und Koks.

Bereits während des Streiks schloß die Gewerkschaft für 14 Firmen in Niedersachsen Haustarife mit einer Lohnerhöhung von 7,1 bis 7,4 Prozent ab. Für den gesamten Tarifbezirk wurde eine Anhebung von 7,4 Prozent für Gewerkschaftsmitglieder und 6,8 Prozent für Unorganisierte ausgehandelt.

Die Freiheit des Andersdenkenden

Volkskorrespondenz aus Coesfeld

Wie in vielen anderen Städten wurde auch in Coesfeld anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr ein öffentliches Gelöbnis veranstaltet. Und ebenso wie in vielen anderen Städten rief dies auch viele Antimilitaristen, vornehmlich Jugendliche aus Coesfeld und Umgebung, auf den Plan.

Ein in der Coesfelder Innenstadt verteiltes Flugblatt von Soldaten der Coesfelder Kaserne brachte einen Fall massiver Repression an die Öffentlichkeit: Ein Soldat, der im Grundwehrdienst von seinem Recht auf Gelöbnisverweigerung Gebrauch gemacht hatte, wurde in der letzten Woche vor die Alternative gestellt, in den Bayrischen Wald versetzt zu werden oder das Gelöbnis abzulegen, um in seiner Einheit in Coesfeld bleiben zu dürfen. Die Soldaten schreiben: „So passiert es heute Andersdenkenden. Und Bundespräsident Carstens sagte neulich, daß gerade die Bundeswehr es sei, die die Freiheit der Andersdenkenden verteidige. Daß er und die Spitzenpolitiker aus SPD und FDP nicht die Freiheit der antimilitaristisch Andersdenkenden meinen, wird an unserem Coesfelder Beispiel sehr deutlich."

Es war gerade so, als hätten die Verfasser des Flugblattes die Ereignisse des Abends vorausgesehen. Denn das Coesfelder Beispiel fand seine Fortsetzung, als sich zum Schauspiel des Gelöbnisses neben 450 Rekruten und etwa 300 Zuschauern 100 bis 150 Demonstranten eingefunden hatten, die nicht unwidersprochen diese Propagandashow hinnehmen wollten.

Massive Polizei- und Feldjägereinheiten versuchten, den Widerstand schon im Keim zu ersticken. Am Eingang des Stadions Gesichtskontrolle, vermeintliche Störenfriede werden aussortiert und nicht eingelassen. Im Stadion Feldjägergreiftrupps. Aus der Coesfelder Kaserne waren über 100 Freiwillige ins Stadion geschickt worden, um sich dort unauffällig unters „Volk" zu mischen, mit Gummiknüppel bewaffnet, um notfalls eingreifen zu können. Die Angst vor Leuten, die die „heilige Handlung" stören könnten, war groß.

Als sich der erste Widerstand regte, die ersten Pfiffe laut wurden, griffen gleich die Feldjäger zu. Das Stadion wurde gesäubert. Daraufhin versammelten sich die Demonstranten vor dem Stadioneingang und protestierten weiter durch Pfiffe, Buhrufe und Sprechchöre. Das war für die Polizei ein Grund für einen brutalen Überfall. Wahllos wurden Kinder und Jugendliche niedergeprügelt, mehrere festgenommen. Das Stadion wurde abgeriegelt, wo jetzt ungestört die Show abgezogen wurde. Ganz so wohl fühlte man sich aber doch wohl nicht, denn der geplante große Zapfenstreich wurde gestrichen, das Programm gekürzt.

Vielen aber wurde hier erstmals die Freiheit der Andersdenkenden „eingebläut".

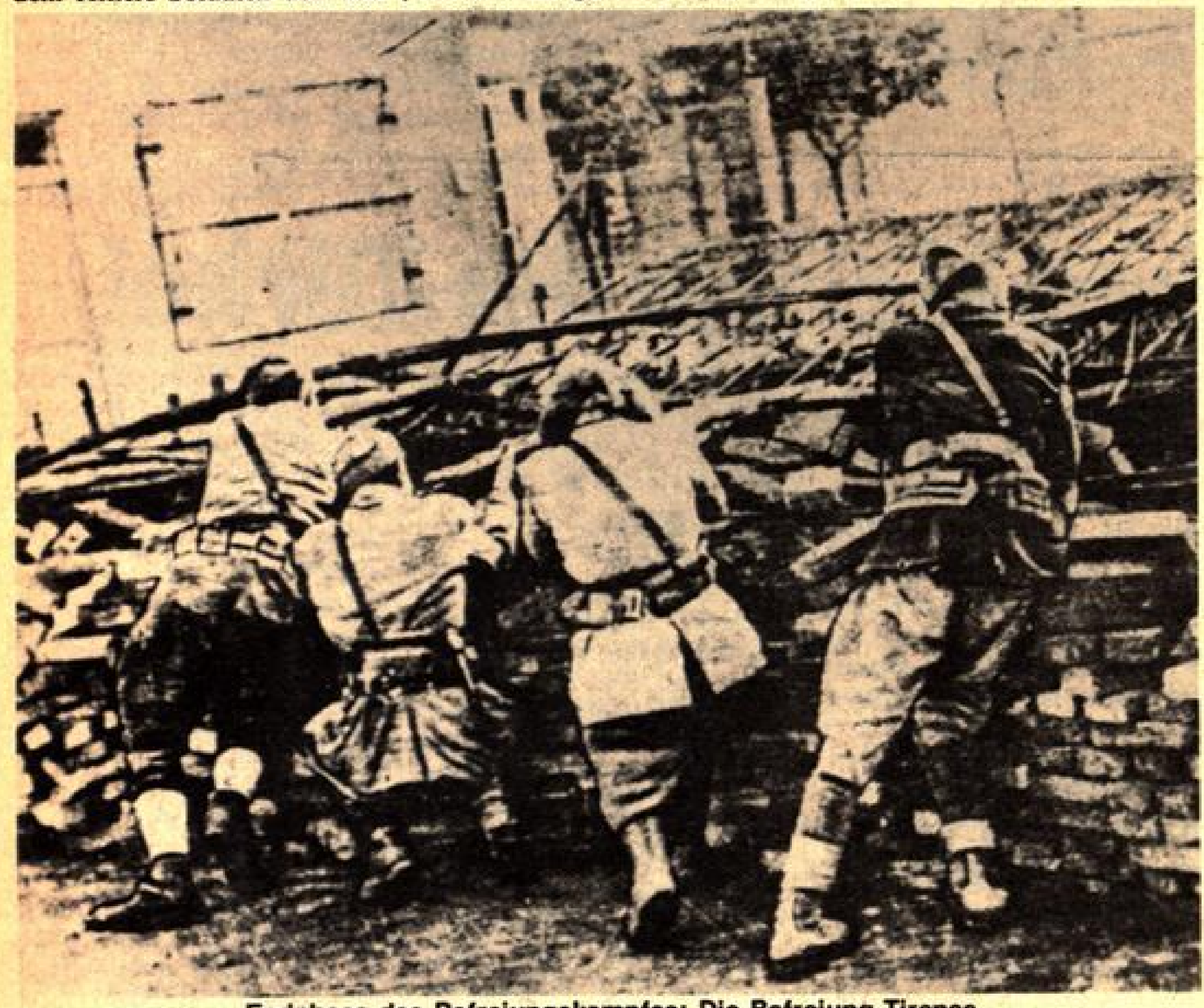
Im folgenden veröffentlichen wir ein Kapitel aus dem Buch „Im Land der roten Skipetaren" von unserem Redakteur Detlef Schneider. Er hat in Albanien mit Überlebenden eines Massakers gesprochen, bei dem die Hitler-Wehrmacht nahezu die gesamte Bevölkerung des Dorfes Borova ausgerottet hatte. Ausgehend von diesem barbarischen Terrorakt der faschistischen Besatzer wird der Befreiungskampf des albanischen Volkes dargestellt, der nach großen Opfern schließlich vom Sieg gekrönt wurde und die Errichtung der Volksmacht vor 36 Jahren möglich machte.

Das Nazi-Massaker von Borova

Zum 36. Jahrestag der Befreiung Albaniens

„Dort drüben", sagt Ilir, „das ist Borova." Ich schaue hinüber: einige hellgetünchte Wohnhäuser abseits der Straße, die meisten hinter Bäumen halb versteckt; dahinter langgestreckte Wirtschaftsgebäude; die Felder, auf denen niemand mehr zu sehen ist, verschwimmen schon in der Dämmerung — ein Bild abendlicher Stille. Und ein Dorf wie Dutzende andere auch, die ich während meines Besuches gesehen habe. Warum sollte es auch anders sein?

Und doch — der Name Borova, den ich schon vor meiner Reise oft gehört hatte, war in meiner Vorstellung nicht mit gelassener Ruhe und mit Abendfrieden verbunden, sondern mit den Schrecken des Faschismus, mit jenem blutigen Massaker vor 36 Jahren, bei dem Hitlers Soldaten den Tod



Endphase des Befreiungskampfes: Die Befreiung Tiranas

über dieses Dorf brachten. Borova — dieser Name steht in einer Reihe mit denen von Lidice und Oradour, jenen Orten in der Tschechoslowakei und in Frankreich, die ebenso wie dieses albanische Dorf Opfer einer „Vergeltungsaktion" der deutschen Faschisten wurden.

Auf einer kleinen Anhöhe neben dem Dorf steht ein Partisanendenkmal, wie man ähnliche überall in Albanien findet, und dahinter liegt ein kleines Museum, wo neben Dokumenten aus dem Befreiungskampf auch Zeugnisse über jenen 7. Juli im Jahr 1943 aufbewahrt werden. Eine kleine schlanke Frau in den Vierzigern kommt uns entgegen. Und was sie zu berichten hat, ist erschütternder als alle hier ausgestellten Dokumente über den Nazi-Schrecken.

„Es war an einem Dienstag", sagt sie. „Daran kann ich mich noch genau erinnern. Elf Jahre alt bin ich damals gewesen. Alles ging sehr schnell. Ich hatte Schüsse gehört. Und als ich zum nächsten Hof hinüber lief, sah ich dort die Nazi-Soldaten. In einer Ecke hatten sie 25 Menschen zusammengetrieben und sie drangen mit ihren Bajonetten auf sie ein. Unsere Leute leisteten Widerstand, sie wollten sich nicht so einfach abschlachten lassen. Aber was konnten sie schon machen? Sie waren ja unbewaffnet, mit bloßen Händen standen sie gegen die deutschen Faschisten. Und dann wurde einer nach dem anderen mit dem Bajonett niedergemacht. Niemals werde ich das vergessen.

Ich bin geflohen, wollte nach Hause. Aber überall waren die deutschen Soldaten. Ein kleines Kind, es mag sechs Monate alt gewesen sein, hat einer von ihnen in der Wiege erschossen. Und meine Familie? Sechs Angehörige sind an diesem Tag ermordet worden, alle die im Dorf waren. Daß ich überlebt habe, ist auch nur ein Zufall. Die Sinne sind mir geschwunden, als ich diese schreckliche Blutat erlebt habe. Ich bin zu Boden gesunken, andere von den Faschisten Hingemordete sind über mich gefallen. Und unter diesen Leichen haben die Soldaten wohl auch mich für tot gehalten."

Die Frau verstummt. Eine ganze Weile ist es still in dem kleinen Museum. Dann hebt bedächtig ein älterer Mann zu sprechen an. „Du mußt wissen," sagt er, „daß diesem Massaker ein heftiger Kampf mit den Faschisten vorausgegangen ist. Auf der Straße, die euch hierhergeführt hat, fünf Kilometer hinter dem Dorf, haben 300 Partisanen eine Kolonne der Deutschen überfallen. Unsere Dorfbewohner waren damals schon eng mit der Partei verbunden, viele von ihnen haben in den Reihen der Partisanen mitgekämpft. Bei dieser Schlacht also haben die Faschisten eine harte Niederlage erlitten. Sechzig ihrer Soldaten sind dabei gefallen.

Sie haben sich grausam gerächt, die Faschisten. Am gleichen Tag noch sind sie nach Borova gekommen. Ich bin damals 16 Jahre alt gewesen. Mein Vater war Müller, und unsere Mühle lag abseits vom Ort. Zuerst habe ich das Flugzeug gesehen, das über Borova kreiste. Wenig später stand das Dorf in Flammen. Da bin ich hinüber gelaufen. Unterwegs bin ich auf einen Freund gestoßen. Er lag tot am Wegrand. Auch ich habe gesehen, wie eine ganze Gruppe von unseren Leuten mit dem Bajonett erstochen wurde. Das ist vor dem Laden gewesen. In der Nähe ist eine ganze Familie in ihrem Haus bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Soldaten standen davor. Weißt du, was sie gemacht haben? Sie haben gelacht. Es war schrecklich. 107 Menschen sind an diesem Tag von den Faschisten ermordet worden; jeden, den sie im Dorf antrafen, haben sie niedergemacht. Und das waren fast nur Frauen, Kinder und Alte — denn die Männer waren ja auf den Feldern, einige von ihnen auch bei den Partisanen.

Die Nazis haben an diesem Tag nicht nur Borova niedergebrannt, sondern auch das Dorf Barmashi hier in der Nähe. Und dabei ist es nicht geblieben: Später haben sie hier in der Gegend noch 17 weitere Orte niedergebrannt, darunter auch die Städte Leskovic und Permeti.

Aber noch etwas will ich erzählen: Damals nach dem Massaker haben sich die Angehörigen der Ermordeten eine ganze Woche lang geweigert, die Toten zu begraben. Und wenn ich jetzt zurückdenke an diese Zeit... Die Faschisten haben unermeßliches Leid über uns gebracht. Aber haben sie uns niederzwingen können? Du weißt ja selbst, wie es war. Anderthalb Jahre später hatten wir sie aus dem Land gejagt."

Als die Nazis Borova niederbrannten und seine Bevölkerung ausrotteten, gehörte Albanien noch nicht zu den Kolonien Hitlerdeutschlands. Im Juli 1943 übten hier noch die italienischen Faschisten ihr Besatzerregime aus, das sie vier Jahre zuvor nach ihrem Überfall auf Albanien errichtet hatten. Aber schon spielte die deutsche Wehrmacht eine immer bedeutendere Rolle in diesem Land. Hitlers Offiziere saßen in Verbindungsstäben beim italienischen Ostkommando in Tirana. Deutsche Truppen waren auf allen Flugplätzen Albaniens stationiert. Daß Hitler immer mehr Einheiten hierher verlegte, hatte einen einfachen Grund: nach dem stürmischen Vormarsch der Roten Armee Stalins im Osten, nach der landung alliierter Truppen auf Sizilien zeigte der italienische Verbündete ernsthafte Anzeichen von Schwäche. Im September 1943 kam dann die von Hitler schon erwartete Kapitulation Italiens, und sofort rückten deutsche Truppen in Albanien ein, um die Nachfolge der italienischen Besatzer anzutreten. „Nach der Kapitulation Italiens", so erklärte Hitlers für Südosteuropa zuständiger Minister Neubacher, „rückte Albanien in den Vordergrund." Warum hatten es die deutschen Faschisten so eilig, ihr Besatzerregime über Albanien zu errichten? Da war einmal die strategisch wichtige Lage des Landes am Ausgang der Adria; da waren die reichen Rohstoffe, Erdöl, Kupfer, Chrom usw., auf die sich die Rüstungskonzerne stürzten. Es gab jedoch noch einen anderen Grund.

Dazu notierte das Tagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht: „Minister Neubacher berichtete dem Führer am 29.10.1943 über die ökonomischen und politischen Probleme des Südostens ... Konsequenterweise wurde am selben Tag noch der Befehl gegeben, den Kampf im Südosten **ganz und gar gegen den Kommunismus zu führen.** Minister Neubacher wird im Rahmen seiner Kompetenzen im Südosten mit der politischen Leitung der Aktion gegen den Kommunismus und mit der Organisierung der nationalistischen antikommunistischen Kräfte im Südosten beauftragt. Er hat dafür zu sorgen, daß alle wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen die Richtung der antikommunistischen Aktion annehmen. Spezielle Verfügungen dieses Befehls konzentrieren strikt die Führung in den Händen des Oberkommandierenden der Gruppe F der Landstreitkräfte ... Minister Neubacher hat aus diesem Grund auch außerordentliche Kompetenzen erhalten, unter anderem, um Gespräche mit den nationalistischen Gruppen einzuleiten." (Hervorhebung von uns.)

Dieses Zitat macht deutlich, welche große Bedeutung die deutschen Faschisten den Kommunisten zumaßen. Das wird unter anderem auch durch einen Befehl Hitlers unterstrichen, der „die Entwaffnung der Albaner und der albanischen Partisaneneinheiten" zur wichtigsten Aufgabe seiner Truppen in dieser Region erklärte. Wehrmacht und SS bemühten sich in der Folgezeit, diesen Befehl mit allen Mitteln und mit äußerster Brutalität zu erfüllen. — Allerdings vergeblich.



Reportagen aus Albanien
291 Seiten, DM 12,80
Verlag Roter Morgen,
Dortmund, April 1980
ISBN 3-88196-062-7

Wer waren diese albanischen Kommunisten, die den Nazis so schwer zu schaffen machten? Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß mit dem Begriff „Kommunisten" oft alle diejenigen gemeint waren, die mit der Waffe in der Hand den revolutionären Kampf für die Befreiung ihrer Heimat führten. Einen solchen Kampf hatte es in Albanien vom ersten Tag der italienischen Besatzung an gegeben, auch als es noch keine kommunistische Partei gab.

Die wurde nämlich erst am 8. November 1941 gegründet. An diesem Tag hatten sich in tiefster Illegalität, verborgen vor den Schergen der italienischen Faschisten, Vertreter aus verschiedenen kommunistischen Gruppen des Landes Tirana zusammengefunden. Unter ihnen zeichnete sich vor allem ein junger Genosse aus, der in Gjirokastra geboren war. Enver Hoxha, damals 33 Jahre alt, hatte jahrelang unermüdlich für die Einheit der Kommunisten in einer Partei gekämpft. Und als diese neue Partei jetzt gegründet wurde, betrauten die Genossen ihn mit der Leitung des Zentralkomitees.

Den bewaffneten Kampf hatte es — wie gesagt — auch schon vor dem 8. November gegeben, wobei die Kommunisten daran natürlich auch, oft führend, beteiligt waren. Richtig systematischen Charakter nahm dieser Kampf jedoch erst nach der Gründung der Partei und unter ihrer Führung an. Die Einheiten der Stadtguerilla in den größeren Orten wurden verstärkt und besser organisiert. In nahezu allen Regionen des Landes wurden Partisaneneinheiten gebildet. Auf Initiative der Kommunistischen Partei wurde 1942 die Nationale Befreiungsfront gebildet, eine Organisation, in der sich zunehmend die Massen aus allen Schichten des Volkes zusammenschlossen — zum Kampf gegen die faschistischen Besatzer und die einheimischen Verräter, für ein freies, unabhängiges und demokratisches Albanien.

Kommen wir zurück auf den deutschen Einmarsch nach Albanien. Zu dieser Zeit, also Ende 1943 hatten sich zwei Blöcke innerhalb der albanischen Gesellschaft herausgebildet, die einander feindlich und unversöhnlich gegenüberstanden. Der eine bestand aus der Arbeiterklasse, der armen und mittleren Bauernschaft, dem Kleinbürgertum, der Mehrheit der städtischen mittleren Bourgeoisie, den patriotischen Intellektuellen usw. Auf der anderen Seite standen die Großgrundbesitzer, die reaktionäre Bourgeoisie, die Mehrheit der reichen Bauernschaft, die sogenannten Bayraktas (Stammesführer in

(Fortsetzung auf Seite 10)

Grußadresse an das ZK der Partei der Arbeit Albaniens

Liebe Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands sende ich Euch, der gesamten Partei der Arbeit Albaniens und dem gesamten albanischen Volk unsere herzlichen brüderlichen revolutionären Grüße und Glückwünsche zum 36. Jahrestag der Befreiung und des Siegs der Volksrevolution.

Diesen Sieg, den Ihr feiert, feiern wir gemeinsam mit Euch. Ein für allemal hat das albanische Volk dank der korrekten marxistisch-leninistischen Führung durch die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze Ausbeutung, Unterdrückung und Fremdherrschaft abgeschüttelt. Während die Krise des Kapitalismus in unserem Land sich immer mehr vertieft und die Lage der Werktätigen sich zusehends verschlechtert, genießt das albanische Volk steigenden Wohlstand, sind ihm Krisenerscheinungen wie Preissteigerung, Arbeitslosigkeit usw. völlig unbekannt, beweist der Sozialismus seine Überlegenheit über den Kapitalismus.

Mit seinen großen Errungenschaften auf den verschiedenen Lebensgebieten ist das sozialistische Albanien — das einzig wirklich sozialistische Land der Welt — ein großer Ansporn in unserem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für den Sieg der sozialistischen Revolution, gegen Bourgeoisie und Reaktion, Imperialismus und Sozialimperialismus, Revisionismus und Opportunismus.

Wir wünschen Euch aus diesem Anlaß neue, immer größere Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und der Verteidigung des Landes.

Mit revolutionären Grüßen
Ernst Aust
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Nazi-Massaker von Borova

(Fortsetzung von Seite 9) den Bergen), die bürgerlichen Berufspolitiker, reaktionäre Intellektuelle usw.

Der erste dieser beiden Blöcke, der den überwiegenden Teil des Volkes umfaßte, sah in der Nationalen Befreiungsfront seine politische Heimat, war in ihren Reihen organisiert oder unterstützte auf andere Weise den Kampf. Eine unvergleichliche Leistung der Kommunistischen Partei, der Organisatorin der Front! In kürzester Zeit war es ihr gelungen, über die Nationale Befreiungsfront nahezu das ganze Volk im Kampf zu einen. Diese Tatsache bildet eine der wichtigsten Grundlagen für den späteren Sieg des albanischen Volkes.

Wie sah es aber auf der anderen Seite der Barrikade aus? Die dort versammelten Kräfte hatten ihre politischen Organisationen in verschiedenen Gruppierungen wie der „Balli Kombëtar" oder der „Legaliteti". Und bezeichnend für all diese Gruppierungen war die Tatsache, daß sie eng mit den faschistischen Besatzern, erst den Italienern und dann den Deutschen, zusammenarbeiteten. Man muß sich nur die oben angeführte Notiz über den Vortrag des Ministers Neubacher beim „Führer" ansehen. Mit der „Organisierung der nationalen antikommunistischen Kräfte" war er beauftragt worden! Und das waren in Albanien eben die erwähnten Gruppen. Sie versuchten zwar nach Kräften, ihre Kollaboration mit den Besatzern zu vertuschen, je stärker die Volkskräfte jedoch wurden, desto enger gestaltete sich die Bindung der albanischen Reaktion an die Besatzer.

So hatte das Volk, seine Befreiungsfront und seine Partei also gegen zweierlei Feinde, einen äußeren und einen inneren, zu kämpfen. Und sie führten diesen Kampf unnachgiebig, mit höchster Tapferkeit und größtem Geschick. Aus den Partisaneneinheiten der ersten Jahre war inzwischen eine starke Nationale Befreiungsarmee geworden, an deren Spitze Enver Hoxha stand. Immer wieder versuchten die Faschisten, diese Armee zu zerschlagen und ihren Generalstab zu vernichten. Die größte Anstrengung, die sie unternahmen, ist als „Winteroperation 1943/44" in die Geschichte eingegangen. Vier deutsche Divisionen und die verschiedenen bewaffneten Verbände der albanischen Reaktion waren daran beteiligt. Das waren insgesamt 45000 bis an die Zähne bewaffnete Soldaten gegen die damals insgesamt 20000 Partisanen.

Aber trotz dieser zahlenmäßigen Überlegenheit wurde die Operation ein vollständiger Mißerfolg für die Faschisten. Obwohl die Befreiungsarmee auch große Verluste erlitt, konnte sie neue Kräfte aus dem Volk gewinnen, und nach der „Winteroperation" kämpften nicht mehr drei Brigaden, wie vorher, sondern sieben Partisanenbrigaden. Im darauffolgenden Jahr konnten dann das albanische Volk und seine bewaffneten Kräfte schon die vollständige Befreiung des Landes in Angriff nehmen.

In diesem Abschnitt des Kampfes tat sich übrigens noch eine weitere Front auf. Ein Teil der inneren Reaktion, überzeugt von der unausweichlichen Niederlage der deutschen Faschisten, nahm zunehmend enge Verbindungen mit den Engländern und Amerikanern auf, um mit deren Hilfe den Kampf gegen die Nationale Befreiungsfront weiterzuführen. Washington und London waren sofort bereit, eine solche Unterstützung zu geben, um einen Sieg des Volkes in Albanien zu verhindern und dort ein neues reaktionäres Regime an die Macht zu bringen. Im benachbarten Griechenland hat die Entwicklung genau diesen Gang genommen: Das Volk wurde um die Früchte seines Kampfes gebracht und geriet unter die brutale Herrschaft eines angloamerikanisch kontrollierten Regimes.

Es ist ein weiteres historisches Verdienst der Kommunistischen Partei Albaniens, daß sie in ihrem Land eine solche Entwicklung verhinderte und alle entsprechenden Manöver durchkreuzte. Im November 1944 schlug die Befreiungsarmee ihre letzte Schlacht gegen die deutschen Faschisten. Es war der fast drei Wochen dauernde Kampf um die Befreiung Tiranas. Am 28. November zog die schon vorher gebildete Demokratische Regierung Albaniens in die befreite Hauptstadt ein.

Während so in Albanien selbst die Grundlagen für die Errichtung der Volksherrschaft geschaffen waren, kämpften zwei Divisionen gegen die zurückweichenden deutschen Truppen auch auf jugoslawischem Gebiet weiter. Ein großartiger Beweis für die internationalistische Haltung der albanischen Kommunisten und das albanischen Volkes.

Dieses Volk hat aber dadurch nicht nur einen Beitrag für die Befreiung Jugoslawiens vom Faschismus geleistet (der als „Dank" dafür hat dann Tito später versucht, Albanien seinem Herrschaftsgebiet einzuverleiben). Man muß den albanischen Befreiungskampf auch im größeren Rahmen sehen. Nicht weniger als 15 italienische und deutsche Divisionen sind im Verlauf des Krieges durch diesen Kampf gebunden worden; 70000 Feinde wurden außer Gefecht gesetzt. Und man muß bedenken, daß Albanien damals nicht mehr als eine Million Einwohner hatte.

So hatte dieses kleine Volk, das sich vollständig aus eigener Kraft befreite, einen großen und heldenhaften Beitrag im antifaschistischen Krieg der Völker, und damit auch einen Beitrag zur Befreiung unseres deutschen Volkes von der blutigen Hitler-Diktatur geleistet. Das sollten wir niemals vergessen. Ebensowenig wie die ungeheuerlichen Verbrechen des deutschen Faschismus an diesem Volk.

Das Massaker von Borova ist ja nur ein Teil dieser Verbrechen gewesen. 28000 Menschen wurden ermordet oder fielen im Kampf. 1850 Dörfer und Städte, ganze Regionen wurden von der faschistischen Bestie verwüstet. Die Wirtschaft des Landes war bei der Befreiung des Landes vollständig ruiniert. Unermeßliche Reichtümer an landwirtschaftlichen Produkten, Bodenschätzen usw. hatten die deutschen Faschisten geraubt. Und trotz alledem werden in unserem Land die faschistischen Verbrechen am albanischen Volk nach wie vor verschwiegen, verleugnet oder verniedlicht. Trotz alledem weigert sich nach wie vor der Bonner Staat, der ja als Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches" auch an andere Länder schon Reparationen gezahlt hat, die völlig berechtigten Forderungen der albanischen Regierung auf Entschädigung zu erfüllen. Eine solche Haltung kann von unserem Volk niemals gebilligt werden.

Breite Solidarität mit türkischem Antifaschisten

Das Schicksal des jungen türkischen Antifaschisten Erdal Eren ist nach wie vor ungewiß. Das von der faschistischen Justiz in Ankara gegen ihn verhängte Todesurteil ist zwar noch nicht vollstreckt, es besteht jedoch immer noch die größte Gefahr für sein Leben.

Wie der „Rote Morgen" in seiner letzten Ausgabe berichtete, war Erdal Eren schon vor dem Putsch unter höchst fragwürdigen Umständen als „Mörder" an einem Soldaten zum Tode verurteilt worden. Das Urteil wurde jedoch wieder aufgehoben, nicht zuletzt wegen der Fragwürdigkeit der „Beweise" und einer großen internationalen Solidaritätsbewegung. Nach dem Putsch aber wurde das Todesurteil erneut in Kraft gesetzt. — Es ist deutlich, daß die Generäle Erdal Eren ebenso ermorden wollen wie schon viele andere Antifaschisten und Revolutionäre vor ihm.

Bis heute ist allerdings unklar, ob der Nationale Sicherheitsrat unter dem Juntachef Kenan Evren das Todesurteil tatsächlich bestätigt hat (wie es in der vergangenen Woche die türkische Botschaft in Bonn behauptete) oder ob das Verfahren gegen Erdal Eren noch einmal neu aufgenommen wird. Tatsache ist jedoch, daß sein Leben weiter in höchster Gefahr ist. Denn die faschistische Junta hat in den letzten Monaten immer wieder bewiesen, daß sie sich über alle Gesetze hinwegsetzt, wenn es gilt, kurzen Prozeß mit Antifaschisten zu machen. Tatsache ist aber auch, daß die in den vergangenen Wochen angelaufenen massiven Protestaktionen nicht ohne Einfluß auf die Junta geblieben sind.

Die türkischen Generäle wurden mit einer wahren Flut von Protesttelegrammen aus dem Ausland eingedeckt. Und in der Bundesrepublik waren es nicht nur antifaschistische oder humanitäre Organisationen — wie etwa die VOLKSFRONT, die RHD, amnesty international oder die Liga für Menschenrechte —, die sich so für das Leben von Erdal Eren einsetzten. Protest kam vor allem auch aus den Reihen der SPD.

So schickten der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing und acht weitere MdBs ein Telegramm nach Ankara und forderten gleichzeitig Außenminister Genscher auf, sich für das Leben von Erdal Eren einzusetzen. Wie uns das Komitee „Rettet das Leben von Erdal Eren" auf Anfrage mitteilte, haben Mitglieder des Komitees auch die SPD-Zentrale aufgesucht, wo ihnen zugesagt wurde, daß sein Parteichef Brandt in die Sache einschalten wolle.

Ein Protesttelegramm an Kenan Evren schickten auch mehrere bekannte Persönlichkeiten aus Westberlin, darunter die Theologen Albertz und Gollwitzer. Sie wandten sich zur gleichen Zeit auch an die Bundesregierung und forderten die Einstellung der Türkeihilfe. Eine richtige und notwendige Forderung! Wir haben im „Roten Morgen" wiederholt darauf hingewiesen, daß die faschistische Junta in Ankara nicht nur ein Geschöpf der NATO ist, mit deren Hilfe sie an die Macht geputscht wurde, sondern daß vor allem die Bundesregierung innerhalb der reaktionären NATO-Strategie gegen die Völker der Türkei den Part übernommen hat, die Junta mit Finanzspritzen hochzupäppeln und mit Mordwaffen auszurüsten.

Unter denen, die in den letzten Tagen gegen den Anschlag auf das Leben von Erdal Eren protestierten, war auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Blühm. Eine bemerkenswert breite Unterstützung erfuhr die Solidarität mit Erdal Eren im dänischen Parlament. 25 Abgeordnete schickten ein Telegramm an Kenan Evren mit dem Wortlaut: „Wir protestieren gegen den Prozeß in der Sache Erdal Eren im Nationalen Sicherheitsrat und gegen das drohende Todesurteil gegen ihn." Die Unterzeichner gehören verschiedenen bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Parteien an.



Der zum Tode verurteilte Erdal Eren vor dem Militärgericht in Ankara.

Wir fordern auch unsere Leser auf, gegen das Todesurteil zu protestieren. Telegramme an:
General Kenan Evren
Milli Güvenlik Konseyi ve
Devlet Baskani
Ankara/Türkei

Solidaritätsveranstaltung
Rettet das Leben von Erdal Eren!
Das Komitee „Rettet das Leben von Erdal Eren" führt am Sonnabend eine Veranstaltung durch.
6. Dezember, 17.00 Uhr
Stadthalle Köln
Es spricht das Mitglied des Komitees, Mdb Klaus Thüsing.

Folter und Mord in der Türkei

Im folgenden veröffentlichen wir einige Beispiele für den brutalen Mordterror der faschistischen türkischen Junta. Sie sind dem monatlichen Informationsdienst „Tatsachen aus der Türkei" entnommen. (Zu beziehen durch C. Boztepe, Hackländer Str. 2, 5000 Köln 30.)

Hasan Özmen verlor sein Leben bei der Folter

Seit dem Militärputsch vom 12. September hat die Junta Dutzende von Revolutionären durch Folter ermordet.

Hasan Özmen, der zusammen mit seiner Verlobten und zwei seiner Verwandten zum Verhör abgeführt worden war, ist durch schwerste Folter bei der Polizei umgebracht worden.

Hasan Özmen studierte im letzten Semester Physik an der Hacettepe-Universität in Ankara. Hasan Özmen wollte heiraten. Eine Woche vor seiner Hochzeit wurde er verhaftet und ermordet.

Während die faschistischen Henker bisher seitenlange Berichte über die „Verbrechen" jener zusammengestellt haben, die sie ermordeten, konnten sie Hasan Özmen keine andere „Schuld" nachweisen als seine Mitgliedschaft in der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei.

Hasan Özmen hatte bei der Folter geschwiegen. Er war ein Revolutionär, der seinem Volk und seiner Partei verbunden war. Sein mutiges und entschlossenes Handeln ist ein Beispiel für alle Revolutionäre unseres Volkes, die gegen die faschistische Militärjunta kämpfen. Seine Ermordung läßt die Entschlossenheit der Revolutionäre nur größer werden.

Es wird der Tag kommen, an dem unser Volk die faschistischen Henker wegen der Ermordung von Hasan Özmen zur Rechenschaft ziehen wird.

Zeynel Abidin Ceylan wurde bei der Folter ermordet

Ein Sympathisant der Organisation Dev-Yol, Zeynel Abidin Ceylan, wurde nach dreitägiger Folter in ein Krankenhaus eingeliefert. Hier erlag er in der Nacht des 26. September seinen schweren Verletzungen, die ihm bei der Folter zugefügt worden waren. Der Autopsiebericht stellt fest, daß sein Körper Verbrennungsspuren von Elektroden aufweist, daß seine Leber schwer verletzt war und daß mehrere seiner Rippen gebrochen waren.

Es vergeht kein Tag, ohne daß die Folterzellen der faschistischen Henker einem Menschen das Leben kosten. Jeden Tag fließt in diesen Folterzellen das Blut von Revolutionären. Aber es wird der Tag kommen, da werden die Henker in diesem vergossenen Blut ertrinken.

Die faschistische Diktatur hat den sich mutig widersetzenden Zeynel Abidin ermordet, aber sie ist nicht in der Lage, den Kampf unseres Volkes zu zerschlagen.

In Cevizli wurde ein geistig Behinderter erschossen

In Cevizli/Istanbul erschossen Soldaten, die den Bahnhof bewachten, einen jugendlichen Geisteskranken, weil er herumschrie und den Befehlen der Kriegsrechtseinheiten nicht Folge leistete. Bei dem Erschossenen handelte es sich um einen harmlosen, geistig behinderten Jugendlichen, der in diesem Stadtteil gut bekannt war.

Seitdem die Junta an der Macht ist, wurden in dieser oder ähnlicher Art und Weise Dutzende von unschuldigen Menschen ohne einen Grund und auf offener Straße von Kriegsrechtseinheiten ermordet.

Der Revolutionär Necdet Adali wurde hingerichtet



Kurz nach der Machtergreifung hat die faschistische Junta zahlreiche Todesurteile gegen Revolutionäre ausgesprochen. Einer dieser Revolutionäre, gegen die ein Todesurteil ausgesprochen wurde, war Necdet Adali. Ihn hat die Junta am 8. Oktober im geschlossenen Trakt des Gefängnisses von Ankara hingerichtet.

Um von ihren Zielen ablenken zu können, hat die faschistische Junta zusammen mit Necdet Adali auch einen Faschisten hingerichtet. Hierdurch wollte die Junta beweisen, daß sie angeblich gegen links und rechts ist. Ziel ist es, dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Aber durch nichts kann die Junta ihr wahres Gesicht verschleiern. Die Militärjunta ist die konsequente Verteidigerin der Politik der faschistischen MHP. Die Verhaftung des Faschistenführers Türkes, die Hinrichtung eines Faschisten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es die Militärjunta es auf das Volk, daß sie es auf die revolutionären Kräfte im Lande abgesehen hat. Die faschistische Junta ist der Todfeind unseres Volkes.

Nach dem Militärputsch im Jahre 1971 haben die gleichen faschistischen Henker die drei Volkshelden Deniz Gezmis, Hüseyin Inan und Yusuf Aslan hingerichtet, aber sie haben den Kampf des Volkes nicht aufhalten können. Der Widerstand, den Necdet Adali unter dem Galgen geleistet hat, beweist, daß die Militärjunta nichts wird bewirken können. Die letzten Worte von Necdet Adali unter dem Galgen waren: „Nieder mit dem Faschismus!" Dies sollen sich die Henker gut merken; sie werden den Kampf unseres Volkes nicht zerschlagen können.

Die Regierung stützt sich nur auf amerikanische Bomben

Ein Volk will seine Freiheit

Ein Jahr Kampf gegen die Militärjunta in El Salvador

Vor mehr als einem Jahr wurde der salvadorianische Diktator Romero gestürzt — durch einen Putsch, der vom CIA organisiert war. Ein Manöver, das nicht verfing: Seit dieser Zeit wächst der Kampf gegen die installierte Militärjunta ständig an. Nur noch mit blutigem Terror gegen das eigene Volk kann sich die Regierung an der Macht halten. Täglich kommen neue Schreckensmeldungen aus dem kleinen Land. Vor allem seit der Ermordung des katholischen Bischofs Romero reißt die Welle der Bluttaten nicht mehr ab: Täglich sterben bis zu 50 Menschen.

90 000 im KZ

„Strategische Dörfer" waren eine Erfindung der US-Army in Indochina. Dort wurde die Bevölkerung ganzer Landstriche zusammengetrieben und, angeblich zu ihrem Schutz, hinter elektrischen Zäunen, von Posten bewacht, kaserniert. Diese Dörfer werden nun auch in El Salvador gebaut.



Landarbeiterstreik: Die Massen kämpfen gegen die Oligarchie.

In den Zonen natürlich, wo es bewaffnete Befreiungstruppen gibt. Ende Oktober 1980 lebten bereits 90 000 Menschen in solchen Dörfern, ohne jedes Recht, ständig unter Todesgefahr. Bereits zwei dieser Dörfer wurden von der Luftwaffe bombardiert.

Schon dreimal wurde sogar offiziell eingestanden, daß Flüchtlingskolonnen, die sich auf die Grenze von Honduras hinbewegten, von Hubschraubern der Armee mit Maschinengewehren und Bomben überfallen wurden. Dabei wurden auch die berüchtigten Napalmbomben eingesetzt, dieses so speziell mit dem Namen USA verbundene Terrorinstrument — von US-Offizieren abgeworfen. 2 000 US-„Berater" gibt es in der relativ kleinen Armee Salvadors. Sie werden zum Beispiel als Piloten für die neuen, gerade aus USA gelieferten Hubschrauber eingesetzt, kommandieren die Ausbildung und die Antiguerillaeinsätze und befehligen jene mehrere tausend Söldner aus der ganzen Welt, die sich dem Blutregime zur Verfügung gestellt haben: aus Südkorea, Exilkubaner, Exilvietnamesen und ehemalige Somoza-Leute aus Nicaragua.

Wehrdörfer, Napalm, US-Offiziere, Söldner, Antiguerrillataktik: Alles dies sind Erscheinungen, Vorgehensweisen, wie man sie von der amerikanischen Aggression gegen Vietnam, Laos und Kambodscha kennt. Und genauso wird dieser Krieg auch geführt, mit Ausfällen aus den Städten gegen die Provinz.

My Lai heißt heute Morazan

Man erinnert sich noch an den Schock, der die liberalen Geister des Westens traf, als die Ereignisse von My Lai, der amerikanische Massenmord an wehrlosen Menschen, unwiderlegbar bekannt wurde. Was damals als Ausnahme dargestellt wurde, erwies sich bald als die Regel. Und heute wiederholt sich dies in El Salvador.

Drei Wochen lang zog eine mordende und brennende Truppe durch die Provinz Morazan. Drei Wochen lang wurden Dörfer und Städte mit Kanonen beschossen, wurden über 6 000 Bauern von der Juntaarmee getötet. Ob alt oder jung, Mann oder Frau, alles wurde niedergemacht, mit einem einzigen Ziel: die Kontrolle über dieses Gebiet wiederzuerlangen, was allerdings scheiterte.

Es scheiterte, weil die bewaffneten Organisationen der FDR nicht geschlagen werden konnten, weil sie engstens mit der Bevölkerung verschmolzen sind, und weil dieses Volk angetreten ist zum Entscheidungskampf.

Weder der Vernichtungsfeldzug von Morazan noch die Bombardierung von Santa Ana im Sommer dieses Jahres noch der seit März verhängte Kriegszustand haben daran etwas ändern können.

Auch nicht die internationale Hilfe, die der USA-Imperialismus zu organisieren versucht. Der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Salvador und Honduras, der heimliche Aufmarsch in Guatemala und die in der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) erhobene Forderung nach einer interamerikanischen Eingreiftruppe — alles dies waren Versuche Washingtons, die Revolution in Salvador zu unterdrücken, ohne als Alleintäter dazustehen.



Wichtige Unterstützung erhalten die amerikanischen Imperialisten dabei auch einmal mehr aus Bonn. In aller Offenheit von den CDU-Experten, die die Blutjunta als rechtmäßige Regierung betrachten. Aber auch die Bundesregierung betonte mehrmals ihre Unterstützung für die Politik der USA in El Salvador und machte damit einmal mehr deutlich, was von den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale zu halten ist, die die Junta als Terrorregime bezeichnet.

Das Volk steht auf

In diesem letzten Jahr hat sich der Zusammenschluß des Volkes immer mehr vergrößert, wurden immer neue Schichten erfaßt.

Die Bildung der Demokratischen Revolutionsfront (FDR) ist davon der deutlichste Ausdruck. Die FDR umfaßt nicht nur die bereits seit einiger Zeit in der CRM (Revolutionäre Massenkoordination) zusammenarbeitenden revolutionären Organisationen, die sich auf den Marxismus berufen, wie den Revolutionären Volksblock, die Volksligen und andere, sondern auch große Teile der Sozialdemokratie, der Christdemokraten, der Freiberufler, der Universitäten und der katholischen Kirche.

Das Programm, die Plattform der FDR (siehe Kasten) ist dabei eindeutig antiimperialistisch und demokratisch. **Diese Plattform richtet sich nicht nur gegen die berüchtigten 28 Familien, gegen jene extrem kleinen Klüngel von Leuten, die das Land beherrschen und an den USA-Imperialismus ausgeliefert haben, sondern auch und vor allem direkt gegen den USA-Imperialismus selbst.**

Dabei ist es deutlich, daß der Verlust ihrer Machtpositionen in El Salvador die Wallstreet-Magnaten nicht vor allem wirtschaftlich treffen würde. Zwar sind fast 50 Prozent aller Investitionen in El Salvador fest in den Händen der USA, sie sind aber im Weltmaßstab doch recht gering. Der Kampf um die Freiheit dieses Landes stört die Dollarkönige vor allem in politischer Hinsicht. Wie einst in Vietnam wird auch hier die sogenannte Dominotheorie verbreitet, die besagt, daß, wenn erst dieses Land sich befreit, andere folgen werden. Vor allem eben Guatemala und Honduras, wo sich die Situation ebenfalls seit längerem zuspitzt.

Und selbstverständlich wird der Sieg der Revolutionskräfte in El Salvador weiter anfeuernde Wirkung auf ganz Mittelamerika haben, wie dies schon die sandinistische Revolution in Nicaragua hatte.

Die Arbeiterklasse Salvadors, die schon mit dem Hafenstreik ihren revolutionären Geist bewies, mit dem sie die Nachschublieferungen an Waffen aus USA ernsthaft behinderte, steht mit ihren gesamten Gewerkschaftsorganisationen in der FDR. In den bewaffneten Kämpfen, die sich in den letzten Tagen direkt in der Hauptstadt abgespielt haben, bewiesen die Werktätigen der Stadt, daß sie wie die Landbevölkerung dazu bereit sind, alle Opfer auf sich zu nehmen, um die Freiheit zu erringen.

Amis raus aus Salvador!
Nieder mit der Junta!
Unterstützen wir den Freiheitskampf der FDR!



Alltäglicher Terror in El Salvador: Ein erschossener Student liegt auf der Straße.



El Salvador

Das Land ist mit einer Fläche von rund 21 000 Quadratkilometern ein knappes Zehntel so groß wie die Bundesrepublik und hat rund 4,5 Millionen Einwohner. Eine halbe Million davon lebt in der Hauptstadt San Salvador. Weitere Großstädte sind Santa Ana mit etwa 180 000 Einwohnern und San Miguel mit über 100 000 Einwohnern.

Die Bevölkerung besteht zu mehr als 85 Prozent aus Indianern und Mestizen, etwa 5 Prozent sind Weiße. Fast zwei Drittel leben auf dem Lande. In der Stadt sind etwa 40 Prozent, auf dem Lande nahezu 70 Prozent der Einwohner Analphabeten. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 56 Jahre.

Die Wirtschaft ist vor allem landwirtschaftlich geprägt. Kaffee macht bis zu 40 Prozent des Exports aus, weitere Exportgüter sind Baumwolle und Zucker. Ebenfalls ausgeführt werden Gold und in zunehmendem Maße chemische Produkte.

Ein Drittel des gesamten Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland wird mit den USA abgewickelt, nach dem Nachbarland Guatemala kommen Japan und die Bundesrepublik als wichtigste Handelspartner.

Nach den Scheinwahlen von 1976 bis zum Oktober 1979 regierte die Partei der nationalen Aussöhnung PCN mit 31 Abgeordneten das Land; General Romero war Regierungschef und Staatsoberhaupt. Seit der Niederschlagung der ersten großen Volksbewegung 1932 wurde das Land faktisch von einer Militärdiktatur beherrscht, die über zahlreiche Organe des USA-Imperialismus mit den Regimes von Guatemala, Nicaragua und Honduras verbunden war.

Im Oktober letzten Jahres putschten Teile der Armee gegen Romero, der immer verhaßter im Volk war. Der Putsch war direkt von den amerikanischen Beratern und Diplomaten organisiert, die mit einer neuen scheinbar reformistischen Junta die Volkserhebung beruhigen wollten.

Aus diesem Grund wurden auch Teile der bis dahin oppositionellen christdemokratischen Partei in die Regierung aufgenommen. Diese wurde zunächst auch von der revisionistischen KP Salvadors unterstützt, bis im Januar eine Spaltung der Junta erfolgte und alle reformistischen Kräfte ausgeschaltet wurden. Seitdem tobt im Lande ein heftiger Krieg, der bereits im Sommer so weit ging, daß die Armee ganze Dörfer und die Stadt Santa Ana bombardierten, mit US-Offizieren und amerikanischen Bomben an Bord der Kampfflugzeuge.

Alle oppositionellen, antiimperialistischen Kräfte haben sich in der Demokratischen Revolutionsfront FDR vereinigt, die für den Sturz des Regimes kämpft und ein antiimperialistisches Programm erarbeitet hat.



Truppen der faschistischen Junta stürmen die Universität.

Opfer eines menschenfeindlichen Systems

20 000 Tote im italienischen Erdbebengebiet

Ein Bild des Gauens bietet die Erdbebenregion in Süditalien in diesen Tagen. Entgegen den offiziellen Verlautbarungen der italienischen Regierung, die noch bei Redaktionsschluß von 3 000 Toten sprach, dürfte die Katastrophe etwa 20 000 Menschenleben gekostet haben. 250 000 Menschen sind obdachlos den Regen- und Schneefällen und dem Frost ausgesetzt, während die Hilfsmaßnahmen des Staates immer noch völlig unzureichend sind und die auf private Initiative gesammelten Hilfsgüter aufgrund der Unfähigkeit und Korruption der Behörden kaum ihrer Bestimmung zugeführt werden können.

Die Menschen in Castelnuovo di Conza, Sant'Angelo dei Lombardie, Balvano und den anderen Ortschaften der verwüsteten Gebiete sind nicht nur Opfer einer Naturkatastrophe. Sie sind Opfer der menschenfeindlichen Politik der unfähigen Regierung des kapitalistischen italienischen Staates. Gerade der Süden des Landes ist seit Jahrzehnten nicht nur wirtschaftlich völlig vernachlässigt worden.



Das beherrschende Bild im Erdbebengebiet: Tote werden wegtransportiert.

Auch die minimalsten Voraussetzungen für eine schnelle Hilfe in Katastrophensituationen in den Gebieten, deren Bebenanfälligkeit ja hinreichend bekannt ist, sind nicht vorhanden. Nicht einmal die konkreten Warnungen verschiedener Wissenschaftler — so der Frankfurter Geophysiker Berckhemer und Purcaru, die als erste bereits im April 1979 detaillierte Angaben über das bevorstehende Beben machten, die jetzt bis in die Einzelheiten voll bestätigt wurden — nahmen die Verantwortlichen ernst. Sie haben den Tod tausender Menschen auf dem Gewissen! Der Bürokratie und ihrer Unfähigkeit, selbst vorhandene oder aus dem Ausland herangeschaffte Bergungsgeräte reibungslos an Ort und Stelle zu schaffen, fallen bis in diese Stunden noch Menschen zum Opfer, die unter den Trümmern heute noch leben, die aber niemand rechtzeitig herausholen kann.

Den angebotenen Rücktritt von Innenminister Rogoni nahm der Regierungschef nicht an, „um das Chaos nicht noch zu vergrößern". Es wäre damit auch nicht getan. An durchgreifende politische Konsequenzen ist nun aber erst recht nicht zu denken. Das ganze politische System offenbart seine Fäulnis angesichts des unbeschreiblichen Leids der Menschen. Während Hilfsgüter, darunter dringend benötigte warme Kleidung, in Straßengräben verfaulen, wird auch ein großer Teil der ordentlich gelagerten Sachen nicht in die Hände der Notleidenden gelangen. „Die Gemeindeverwaltung ist völlig korrupt. Die heben das nicht auf bis nächstes Jahr, sondern verkaufen es zu Weihnachten in Neapel!" Diese Meinung konnten freiwillige Helfer an verschiedenen Orten der Region von Dorfbewohnern hören. Eine große Ermutigung für die zehntausende italienischer Bürger, die angesichts der schleppenden Hilfeleistung des Staates mit Tonnen von Hilfsgütern auf dem Weg dorthin sind.

Noch ein anderer Aspekt kapitalistischer Wirtschaft wird im Erdbebengebiet sichtbar. Neben uralten, längst baufälligen Häusern sind gerade die Gebäude eingestürzt, die in den letzten Jahrzehnten von skrupellosen Architekten und Baugesellschaften im Eiltempo und unter Verwendung billigster Baustoffe und miserabler Verarbeitung hochgezogen worden sind. Solide gebaute ältere Häuser stehen zuweilen fast unversehrt in den Trümmerbergen. Was wäre passiert, wenn das Beben die Millionenstadt Neapel nicht nur gestreift, sondern voll getroffen hätte? In dieser Stadt, die zum großen Teil aus viel zu schnell und zu billig gebauten Wohnblocks und Hochhäusern besteht, hätte es hunderttausend Tote und mehr gegeben.

Niemand wagt Angaben darüber zu machen, wann die Folgen der Katastrophe beseitigt sein und die Menschen wieder in anständigen Verhältnissen leben werden. Viele Jahre werden mit Sicherheit ins Land gehen, vorausgesetzt, daß nicht ein neues Beben alles wieder über den Haufen wirft. An Aktionen wie im sozialistischen Albanien, wo die Folgen des schweren Erdbebens von 1978 durch den begeisterten und hervorragend koordinierten Einsatz der gesamten Bevölkerung, der örtlichen Behörden und der Regierung innerhalb weniger Monate vollständig beseitigt waren, ist in diesem Lande gar nicht zu denken, in dem die betroffenen werktätigen Menschen aller Mittel beraubt sind, von den Politikern völlig uninformiert gehalten werden und die Bauleistungen in den Händen profitsüchtiger kapitalistischer Unternehmer liegen, die das persönliche Schicksal der Betroffenen nicht im geringsten interessiert.

Daran werden auch Regierungsumbildungen im bisherigen Sinne, die in Italien ja geradezu inflationären Ausmaßen betrieben werden, nichts grundlegendes ändern. Auch nicht eine Regierungsbeteiligung der revisionistischen KPI, die diese jetzt lautstark fordert. Sie trägt ja heute schon in vielen Gebieten politische Verantwortung. Gerade sie ist aber einer der Hauptgaranten für das Bestehen der kapitalistischen Ordnung dieses Landes und kann das „Verdienst" für sich beanspruchen, die jahrzehntelangen Kämpfe des italienischen Volkes für seine Rechte und ein menschenwürdiges Leben fehlorientiert und abgewiegelt zu haben.

Bestechungsaffäre Ertl

Der Minister und die Milchtüten

Landwirtschaftsminister Ertl will nicht mehr. Er ließ in der vergangenen Woche verbreiten, daß er auf dem kommenden FDP-Parteitag im Dezember nicht mehr für das Präsidium kandidieren will. Als Begründung gab er an, er sei durch seine Ämter als Minister und Parteichef in Bayern schon genug belastet.

Eine mehr als durchsichtige Erklärung. Denn wo hätte es da schon einmal gegeben, daß sich ein bürgerlicher Politiker freiwillig von einem seiner zusammengerafften Ämter zurückgezogen hätte? Und von Freiwilligkeit kann auch bei Ertl keine Rede sein. Denn er hätte wohl kaum eine Chance, den Wahlakt für das FDP-Präsidium siegreich durchzustehen.

Josef Ertl ist nämlich — wie man so schön sagt — eine Belastung für seine Partei und darüberhinaus auch für die Bundesregierung geworden. Allzu deutlich hat er nämlich durch seine an die Öffentlichkeit gekommenen Aktionen das Bewegungsgesetz dieser Regierung und bürgerlicher Politik überhaupt entlarvt: die Durchsetzung der Interessen des Kapitals. Und dabei ging es im Fall Ertl nur um Milchtüten!

Vor der Bundestagswahl schon war der Minister einschlägig aufgefallen. Die ehemalige FDP-Sekretärin Rech erklärte öffentlich, sie habe bei einem Provisionsgeschäft per Boten einen dicken Umschlag an Ertl gesandt. Inhalt: 50 000 Makr. Diese Affäre mochte man damals noch für ein hinterhältiges von der Strauß-Partei gesteuertes Manöver gegen die sozialliberale Koalition halten. Inzwischen ist nun aber die Sache mit den besagten Milchtüten dazugekommen.

1975 und 1977 hat der deutsch-schwedische Verpakkungskonzern Tetra Pak dem Minister jeweils über 20 000 Mark überweisen. Tetra Pak produziert die im Handel gebräuchlichen quaderförmigen Milchtüten. Was Ertl mit diesen großzügigen Überweisungen gemacht hat, ist bis zur Stunde nicht geklärt. Aber es gibt da faktisch nur zwei Möglichkeiten. Entweder hat er sie seiner Partei zugeschustert. Dann hätte er bewußt das Parteiengesetz gebrochen. Das schreibt nämlich vor, daß Spenden über 20 000 Mark registriert werden müssen. Ein entsprechender Vermerk findet sich jedoch weder bei der Bundespartei noch bei der bayrischen FDP, deren Vorsitzender Ertl ist. Die zweite Möglichkeit: Der Minister hat sich die Spende in die eigene Tasche gesteckt. Aber über die Verwendung der Tetra-Pak-Gelder gibt es — wie gesagt — bis jetzt keine Klarheit. Sicher ist nur, daß sie gezahlt wurden. Der Pressesprecher des Konzerns hat das gegenüber dem Magazin „Spiegel" bestätigt: „Das Geld ging an Herrn Ertl als prominenten Vertreter seiner Partei."

Aber noch eines ist sicher: der Zweck nämlich, den Tetra Pak mit seiner Spende verfolgte. Der geht eindeutig aus einer Auseinandersetzung hervor, die im vergangenen Jahr im Bundeskabinett geführt wurde.

Es begann damit, daß der auch für den Umweltschutz zuständige Innenminister Baum



Bundesminister Ertl

nach Möglichkeiten suchte, den Grünen das Wasser abzugraben und sich selbst und seine Partei als Umweltschützer zu profilieren. Er verfiel dabei auf die Idee, per Gesetz den Verkauf von Milch in den jetzt üblichen Wegwerfpackungen zu verbieten und stattdessen zur guten alten Pfandflasche zurückzukehren. Damit — so hatte Baum errechnet — würden pro Jahr 70 000 Tonnen Müll weniger produziert.

Der Umweltminister hatte jedoch die Rechnung ohne seine Parteifreund Ertl gemacht. Der entfachte im Kabinett einen regelrechten Guerrillakrieg gegen die Baumsche Gesetzesvorlage — die ja dem großzügigen Spender Tetra Pak empfindliche Profiteinbußen beschert hätte. Es gelang Ertl schließlich, den Wirtschaftsminister Lambsdorff an seine Seite zu ziehen und damit war Baums Pfandflaschenidee gestorben.

Wie jetzt die Affäre Ertl auch ausgehen mag, für den Tetra-Pak-Konzern haben sich die zweimal 20 000 Mark auf jeden Fall gelohnt.



Samstag, 6. Dezember
21.00 Uhr, WDR III
Das Salz der Erde. Herbert J. Bibermans inzwischen schon klassischer Film von 1953 ist sicher eine der besten Produktionen des amerikanischen Kinos. Biberman beschreibt in diesem dokumentarischen Spielfilm einen Bergarbeiter-Streik in Neu-Mexiko. Neben Berufsschauspielern wirken auch Teilnehmer des Streiks und ihre Familien mit.

•

Samstag, 6. Dezember
22.30 Uhr, ARD
Der Mann in der Todeszelle. Dieser amerikanische Spielfilm beruht auf einem authentischen Fall: 12 Jahre lang kämpfte der zum Tode verurteilte Caryl Chessman aus der Todeszelle heraus gegen das Urteil. Dann wurder er trotz massiver Proteste der Öffentlichkeit und Prominenter — wie etwa Albert Schweitzer — hingerichtet. Buzz Kulik hat aus dem Fall Chessman einen engagierten Film gegen die Todesstrafe gemacht.

•

Montag, 8. Dezember
20.15 Uhr, ZDF
Aus Forschung und Technik. Das Magazin bringt unter anderem einen Bericht über den sensationellen Flug der Raumsonde Voyager 1 zum Saturn. Ein weiteres interessantes Thema: Mikroprozessoren und Industrie-Roboter.

•

Montag, 8. Dezember
21.45 Uhr, WDR III
Soleil O. Der mauretanische Regisseur Med Hondo setzt sich in diesem Spielfilm mit den Problemen afrikanischer Arbeiter in Paris auseinander.

•

Dienstag, 9. Dezember
21.20 Uhr, ZDF
Krank durch Arbeit. Bericht von Rudolf Blank über Berufskrankheiten. Ein weiterer Bericht folgt am Mittwoch um 22.10 Uhr.

•

Donnerstag, 11. Dezember
20.15 Uhr, WDR III
Mr. Klein. In Joseph Loseys Film geht es um einen Franzosen, der sich während der Nazi-Besatzung gewissenlos bereichert, dann aber selbst in die Terrormaschine der Besatzer gerät. Mit Alain Delon, Juliet Berto und Jeanne Moreau.



Jedem seine Spritze!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17. - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr